



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923**

133 (20.3.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-208500](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-208500)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: 3<sup>te</sup> Mannheimer und Umgebung frei ins Haus und durch die Post eine Besondere monatlich 4000, halbjährlich 20000, vierteljährlich 10000, halbjährlich 17000 Karte. — Hauptredaktion: Mannheimer, L. 6. 1. — Geschäfts-Verwaltung: Waldhofstraße Nr. 6. Fernsprecher Nummer 7441, 7442, 7443, 7444, 7445. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich 48mal.

Anzeigenpreise: Bei Beauftragung bis 31. Juli 1923. — Zeitungs- u. Sam. L. Anzeig. aus Mannheim ermäßigte Preise. Resten bis 3000. — Annoncen- u. Mitteilg. vom 1. 7. 1923. Abends. nachm. 7. Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Anzeig. wird keine Vorkaufszahlung erhoben. — Briefe, Besondere, nicht bezahlte, werden nicht angenommen. — Anzeig. auf d. Fernsch. ab. 7. 1923. — Anzeig. auf d. Fernsch. ab. 7. 1923. — Anzeig. auf d. Fernsch. ab. 7. 1923.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Modezeitung. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

### Englands unentschiedene Haltung

#### Kurze Uebersicht

Der Besuch des Reichskanzlers in München und Stuttgart, der für die Zeit vom 4.—6. März in Aussicht genommen war, infolge der damaligen politischen Lage aber verschoben werden mußte, ist nunmehr für die Zeit vom 21.—23. März geplant.

Reichspräsident Ebert hat zur Linderung der ersten Not für Ausgewiesene, insbesondere für die Schupobeamten, den Betrag von zwei Millionen Mark der Hauptkasselle für die Pfalz in Heidelberg zur Verfügung gestellt.

Die Offenburger Polizei hat wegen des französischen Grenzverhaltens die Stadt verlassen und ist nach Bilingen übergesiedelt.

Die Verlegung des Generalkabs der Rheinarmee von Mainz nach Düsseldorf ist gestern durchgeführt worden; die Dienststellen sollen im Stahlfeld in Düsseldorf untergebracht werden.

Die Londoner Orientkonferenz wird am Mittwoch beginnen.

### Treibt England überhaupt noch Politik?

Berlin, 20. März. (Von unj. Berliner Büro.) Nach einer anderen Drahtung des Botschafters erklärte Bonar Law im Unterhaus, die Pariser Konferenz hätte i. Zt. festgestellt, eine Wiederherstellungszahlung von 2500 Millionen Pfund Sterling liege innerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Von einem deutschen Angebot, eine Wiederherstellungszahlung von 1600 Millionen Pfund Sterling habe er keine Kenntnis.

In verschiedenen Londoner Kreisen, so heißt es in der Drahtung weiter, wurde behauptet, daß durch Lord Robert Cecil Verhandlungen geführt wurden, zur Entmilitarisierung der Rheinzone und Einrichtung einer internationalen Kontrolle der Eisenbahnen. Angeblich ständen diese (für Deutschland natürlich unmöglichen) Vorschläge zunehmende Begünstigung. Im englischen Unterhaus ist dann auf Anfrage aus dem Hause über die

Schädigung des britischen Handels durch die Besetzung der Rheinlande von der Regierung erklärt worden: Bei der französischen Regierung wäre energisch Einspruch wegen der Verhinderung des britischen Handels im Rheingebiet erhoben worden.

Gleichzeitig macht der Londoner Korrespondent des Hoffmann-Verlags Stimmung für die

Vorlegung neuer Reparationsvorschläge durch die deutsche Regierung. „Wäre“, so drahtet der Herr aus London, die deutsche Regierung bereit, in diesem Augenblick bestimmte klarbegründete und ausreichende garantierte Reparationsvorschläge zu machen, so würde das, auch wenn die Endziffern von Frankreich abgelehnt würden, klärend auf die politische Lage einwirken und eine Lösung in der näheren Zukunft beschleunigen.

Ob das mehr ist als eine bloße Behauptung des Korrespondenten, läßt sich im Augenblick schwer entscheiden. Die Unklarheit und die Angst vor der eigenen Courage scheint zurzeit auch in London noch sehr groß zu sein. So wird dem „Eol.-An.“ aus London gemeldet, daß Lord B. Heron von der Regierung nicht aufgefodert worden ist, nach London zurückzukehren. Man wisse überhaupt von dieser Reise des Berliner Botschafters nichts. Vielleicht könne er bloß um der Osterferien willen nach England. Jedenfalls wolle sich die Regierung weder zu einer Vermittlung noch zu einer Intervention in die Ruhrangelegenheit hineinziehen lassen.

Die Bank von England demontiert die Weidung, wonach sich der Direktor der Bank Normann nach Berlin begeben habe. Er sei allerdings in offizieller Mission abgereist.

### Die Kosten des Abenteuers

Die Pariser Abendblätter berichten, daß aufgrund einer Mitteilung des Finanzministers an den Finanzausschuß der Kammer, die Kosten der Ruhrbesetzung für die Monate Januar bis April auf 196 Millionen Franken zu veranschlagen wären. Davon wären 86 Millionen Franken auch ohne die Ruhraktion für den Unterhalt der Truppen ausgegeben worden, so daß die Mehrkosten, wahrhaftig nach der amtlichen Berechnung, sich auf 110 Millionen Franken belaufen.

### Die Plünderung der Kassen

Die Belgier haben bei der Reichsbankstelle in München-Madbach ein Guthaben von 68 Millionen Mark beschlagnahmt. Der Direktor der Bank wurde verhaftet. Hierauf haben sämtliche Banken geschlossen. — In der nächsten Sparkasse in Jülich wurden von den Franzosen Gelder der Rhein- und Ruhrhilfe, angeblich 6 Millionen Mark, beschlagnahmt. — Eingriffe und Ueberfälle auf Sparkassen kamen vor in Bettrop, Düsseldorf und Herdecke.

### Die Londoner Orientkonferenz

Der Beginn der Londoner Orientkonferenz ist auf Mittwoch angesetzt. England wird wahrscheinlich folgende türkische Forderungen ablehnen: Wiederherstellung der türkischen Staatsgrenzen durch die Türkei, Wiederanfangs der Ausproben über die wirtschaftlichen Beziehungen, Verweigerung besonderer Konzessionen für Ausländer, Abschließung in der Reichsarbeit.

### Der neue Zwischenfall in Essen

scheint genau so auslaufen zu wollen wie in Buer, nur daß diesmal die Franzosen schneller bei der Hand sind, die Deutschen als Täter hinzustellen. Allerdings sind auch diesmal ihre Darstellungen außerordentlich unglaubwürdig, da die Beweismittel verjagen.

Wie jetzt bekannt wird, befand sich der Soldat im Keller des besetzten Hauptbahnhofes. Er wurde von außen durch einen Schuß getötet. Es steht jetzt schon fest, daß in der Zeit, in der der Schuß gegen den Postkasten, der nach anderer Darstellung auch ein Koch gewesen sein soll, in der Nacht zum Sonntag fiel, um 2 Uhr nachts kein Zivilist sich am Bahnhof oder in der Nähe des Bahnhofes befunden hat.

Durch den Vorfall geriet die Befragung, bei der es sich um Truppen handelt, die vor einigen Tagen von Buer nach Essen verlegt worden sind, in einem Zustand wilder Erregung. Alle Zivilpersonen, die den Truppen in die Hände fielen, wurden in der übelsten Weise mißhandelt. Die im Innern des Bahnhofes befindlichen Verkaufsstände wurden von den Soldaten geplündert und verwüstet. Auch im Gebäude der Eisenbahndirektion wurde ein Zimmer gänzlich demoliert. Ein dort hängendes Bismarckbild wurde vollständig zerstört.

Der Kommandierende General Fourrier gab durch Maueranschlag die Festnahme der bereits genannten Geiseln bekannt und erklärte hierin ausdrücklich, daß der Mörder des französischen Soldaten unbekannt ist. Die Geiseln würden in Freiheit gesetzt, sobald der Urheber der Tat von den deutschen Behörden übergeben werde. Falls der oder die Schuldigen nicht entdeckt würden, behalte sich der Divisionsgeneral vor, der Stadt Essen eine Geldstrafe aufzuerlegen, deren Höhe noch festgesetzt werden soll.

Nach der Erklärung des Divisionskommandanten kann also der Buchdrucker Schulte für den Anschlag auf den französischen Soldaten nicht in Frage kommen. Die beiden Kriminalbeamten und der Arzt, die den schwerverletzten (zunächst verstorbenen) Schulte in das Kohlenhospitäl begleiteten, wurden, als sie sich zur Feuerwache zurückbegeben wollten, auf dem Bahnhofstraße von mehreren Mannschaften angehalten, in den Eingang des von den Franzosen besetzten Hofes „Handelshof“ hineingezerrt, wo die beiden Kriminalbeamten schwer mißhandelt wurden.

Außer den bereits gemeldeten Herren, die als Geiseln verhaftet wurden, nennt der Maueranschlag des Generals noch den Oberregierungsrat Biecher, den Vorsitzenden der Finanzkommission Essen-Band und den Polizeidirektor Bielowski.

### Protest

Die Stadtverwaltung und die Handelskammer von Essen haben gegen die Verhaftung der Geiseln schriftlich Protest eingelegt. Die Geschäftsführung der Handelskammer wies außerdem daraufhin, daß der Reichstagsabgeordnete Quast nichts mit der Geschäftsführung der Handelskammer zu tun habe. Die Beamten und Angestellten des Land- und Amtsgerichts und der Staats- und Amts-anwaltschaft Essen und die Rechtsanwältin des Land- und Amtsgerichts haben in einem Protestschreiben gegen die Verhaftung des Landgerichtspräsidenten Dr. Bollmer Verwahrung eingelegt. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß General Fourrier mit Rücksicht auf die durch die Verhaftung verursachte Störung der Rechtspflege im Landgerichtsbezirk Essen die Verhaftung des Landgerichtspräsidenten wieder aufheben werde.

### Die Franzosen in Baden

Wegen angeblich verübten Diebstahls eines Sattes Hafer verurteilte das französische Kriegsgericht in Offenburg den Kaiser Gottlieb Klmer von Offenburg zu einem Jahr Gefängnis.

Die Ettlinger Papierfabrik hat unter den durch den Einbruch der Franzosen geschaffenen Verhältnissen erheblich zu leiden, jedoch eine Rärzung der Arbeit beabsichtigt.

### Neue Ausweisungen aus der Pfalz

Von der französischen Befehlshaberbehörde ausgewiesen wurde Bezirksammann Vogel vom Bezirksamt in Birnmasens, weil er sich gemeldet hat, an der Durchführung der Sonderordonnanzen der Rheinlandkommission mitzuwirken. Die Ausweisung der Birnmasenser Stadtrats Kaufmann Spitzhaden (Deutsche Volkspartei), Reichsanwalt Müller (D.D.) und Saupé (R.S.P.) erfolgte wegen „aktiver“ Teilnahme an Manifestationen und Kundgebungen gegen die Sonderordonnanzen der internationalen Rheinlandkommission. Gemeint ist vermutlich die Unterzeichnung der Protestkundgebung des Birnmasenser Stadtrates. Die Ausweisung des Apothekers Müller aus Birnmasens erfolgte, weil er eine Sammlung für die Rhein- und Ruhrhilfe veranstaltet haben soll. Direktionsrat Emrich wurde ausgewiesen, weil er sich gemeldet hat, den französischen Befehlen zur Durchführung der Sonderordonnanzen zu gehorchen.

Der Präsident der Oberpostdirektion für die Pfalz in Speyer F. Reineis ist gestern vormittag von der französischen Befehlshaberbehörde verhaftet worden. Der Grund der Verhaftung ist noch nicht authentisch bekannt. Es verleiht jedoch, daß von dem Präsidenten verlangt worden ist, Briefe und Telegramme für das französische Ein- und Ausfuhramt befördern zu lassen, ein Verlangen, das von dem Präsidenten auf Grund des Befehls der Reichsregierung verweigert worden ist.

### Die Stellung des Papstes zur Ruhrfrage

Der Kardinalstaatssekretär Gasparri hat, wie der „Voss. Zig.“ aus Rom gemeldet wird, auf Wunsch des Papstes Geheuerheit gesucht, um dem französischen und belgischen Vertreter beim Vatikan den Standpunkt des heiligen Vaters an der Ruhrfrage darzulegen. Der Papst, so erklärte Gasparri, sehe mit großer Besorgnis die gegenwärtige Lage und wüßte die Aufrechterhaltung des Friedens, die Belandten Frankreichs und Belgiens, die zu dieser Rubrika „Rubrik“ waren, kosten den Frieden ihrer Prieurats dar.

Der Leiter des Bistums De. Bornwasser, hatte an den Papst einen „einstimmigen“ Brief über die traurigen Verhältnisse der letzten Monate eingeschickt, worin sie die Stadt und Diözesen Trier betrafen und hat besonders die von diesen Ereignissen betroffenen Familien seiner besonderen Liebe und seinem Gebetsempfehlen. Der Papst ließ ihm darauf, wie die Trierische Landeszeitung mitteilt, durch den Kardinalstaatssekretär ein Schreiben zuweisen, in dem er seine Teilnahme verkehrte und seiner 40000 Lire spendete.

### Ein provisorisches Steuerwert

Von Dr. Otto Hugo,

Mitglied des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats

Der Reichstag hat in einem sehr komplizierten Gesetz für das Steuerjahr 1922 die Inpallung der Geldentwertung auf den größten Teil aller bestehenden Steuergehalte ihren Einfluss ausüben muß, wenn sich in einem Steuerjahr der Wert des Dollars in Papiermark von 180 auf 7200 steigerte, ist ganz selbstverständlich. Die Mark zu Beginn hat annähernd den 4fachen Goldwert wie die am Schluß des Jahres. Dementsprechend bedeutet natürlich sowohl der Markbetrag im Einkommen, wie im Vermögen, wie in Waren und Immobilien etwas ganz anderes beim Scheiden des Jahres als zu Beginn. Das Gesetz erledigt deshalb für alle zugehörigen Steuergebiete zunächst die Veränderung der Steuerart wie der Bemertungsgrundsätze.

Die Abänderung der Tarife ist der fortschreitenden Geldentwertung angepasst, aber keineswegs so ausgestaltet, daß etwa die größeren Einkommen und der Besitz bevorzugt werden wären, sondern im Gegenteil, sowohl die Heraushebung der Befreiungsgrenze wie auch die günstigere Behandlung der unteren Tariffußten zeigen durchaus eine soziale Tendenz. Man hat sich auch eingehend mit der Frage beschäftigt, ob es nicht überhaupt möglich ist, durch die Festsetzung eines Entwertungsindex die Tarife automatisch dem veränderten Kursstand der Mark anzupassen. Diese Forderung ist nicht bei der Beratung des Gesetzes zum ersten Male erhoben worden, aber grundsätzlich von allen Seiten als berechtigt anerkannt. Die Schwierigkeiten ergaben sich bisher hinsichtlich der praktischen Ausführung. Besonders die Regierung vertrat den Standpunkt, daß die vernommenen Sachverständigen bisher ein Verfahren der automatischen Anpassung der Geldentwertung an die Steuergehalte nicht ausgemessen hätten. Es kam hinzu, daß die Erledigung des Gesetzes drängte, wenn die Einziehung der Einkommensteuer, der Vermögenssteuer und die Veranlagung zur Zwangsanleihe keine weitere Verzögerung erfahren dürfte. Diese beherrschende Tatsache hat auch die Entscheidung dafür gegeben, daß man sich nicht allzu lange bei dem Versuch, schon jetzt eine feste Wertigkeit für die Steuergehalte einzuführen, aufgehalten hat. Für die Zukunft fordert aber der Reichstag eine Regelung, die die fortgesetzte Korrektur der Steuerart durch besondere gesetzliche Maßnahmen erübrigt.

Es ist nicht Aufgabe dieser Betrachtung, über die Abänderung der Tarife im Einzelnen hier Ziffern beizubringen. Es mag genügen, festzustellen, daß der Einkommensteuertarif nach den Dezemberbeschlüssen des Reichstages geblieben ist, daß bei der Vermögenssteuer die Freigrenze auf 400 000 M festgesetzt und von da ab mit einer Einziehung von 2 v. T. beginnt und bei einem Vermögen von 180 Millionen mit 13 v. H. endet. Auch die Freigrenze für die Zwangsanleihe ist auf 400 000 M festgesetzt, der Zeichnungsbetrag von 1 v. H. bis 10 v. H. gestaffelt.

Helf umstritten war das Gebiet der Bemertungsgrundsätze. Hier wirkte sich die Geldentwertung in dem bestehenden Steuergehalt am sinnwidrigsten aus. Wer am Beginn des Jahres 1000 Kilogramm Ware zu 50 M in seinem Lagerbestand hatte, hatte diesen Wert mit 50 000 M einzusetzen. Stand am Schluß des Jahres 500 Kilogramm derselben Ware zu 2000 M zu Buche, was der natürlichen Preissteigerung entsprechen haben würde, so ergab sich ein Wert von 1 Million. Nach den bisherigen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes hätte der Warenbesitzer die Differenz als Einkommen versteuern müssen, d. h. er hätte bei einem Aufwand seines Lagers auf die Hälfte trotzdem ein Einkommen von 500 000 M versteuern müssen. Das hier grundsätzlich ein Eingriff erforderlich war, um die sogenannten Scheingewinne nicht in tatsächliches Einkommen umzuwandeln, liegt für jeden vernünftig denkenden Menschen auf der Hand. Der Ausschuss war sich darüber einig, daß die reiflose Besteuerung der Scheingewinne ein Ding der Unmöglichkeit ist. Andererseits wurde auch von der bürgerlichen Seite anerkannt, daß die völlige Freilassung der Scheingewinne bei der tatsächlichen Verminderung der Substanzwerte, denen die meisten Geschäftsunternehmungen im Jahre 1922 unterworfen worden sind, zu einer weitgehenden Steuerbefreiung für Handel und Wirtschaft geführt haben würde und deshalb unbedingt abzulehnen ist. Es kann auch nicht gelugnet werden, daß diejenigen, die ihre Steuern durch Lohn- und Gehaltsabzüge bezahlen, ebenfalls in ihrem Besitz der Sachwertverminderung unterworfen gewesen sind. Aufgabe des Reichstages mußte es deshalb sein, einen vernünftigen Weg zu finden, der einerseits Handel und Industrie zur Steuer gebührend heranzieht, andererseits aber die Wirtschaft nicht durch Hinwegsteuerung der Scheingewinne und damit der Substanzwerte lebens- und arbeitsunfähig macht. Man ist schließlich dahin übereingekommen, den Begriff der einkommen Besten preiszugeben, weil er sich nicht für eine zweifelsfreie Handhabung der Steuerbefreiung eignen ließ. Tatsächlich erfolgt nunmehr die Bemertung der Waren und Vorräte so, daß sie zu zwei Dritteln mit dem Preis vom 31. Dezember 1921 und zu einem Drittel mit dem Marktpreis vom 31. Dezember 1922 abzüglich eines Betrages von 60 Prozent in die Einkommensteuerbilanz einzusetzen sind.

Dasselbe Verfahren wird angewandt auf diejenigen Devisenbestände, die als Betriebskapital für die Durchführung der Geschäfte erforderlich sind, denn diese Devisenbestände können garnicht anders, wie die Waren selbst bewertet werden. Ob der Importeur, der nur in Devisen kauft und verkauft, z. B. am Stichtage Ware in Händen hat oder Devisen, ist doch nur ein Zufall. Für die Waren würden vernünftige Bemertungsvorschriften angewandt. Wäre es für die Devisen nicht der Fall, so hätte der betreffende Kaufmann von jedem Dollar, den er besitzt, die Jahreskursdifferenz von 7000 M zu versteuern. Das wäre der Konstatation der Devisenbestände gleich. Die Bemertungsgrundlage für die Veranlagung zur Vermögenssteuer und zur Zwangsanleihe sind erheblich verschärft.

Um diese Frage der Bemertungsvorschriften ist der Kampf zwischen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie am heftigsten geführt worden. Die Sozialdemokratie wollte nur von den Worten der Lagerverträge und Bestände am Schluß des Jahres 25 Prozent in Abzug bringen lassen. Hätte man dieser Forderung stattgegeben, so wäre bei einer ehrlichen Deklaration der Geschäftsinhaber unfähig geworden, sein Geschäft fortzuführen und nur beruht, der keine Bilanz fröhlich wäre bestehen können. Ich sehe den größten Wert des ganzen Gesetzes in der Tatsache, daß der Kaufmann nach den Bemertungsgrundsätzen wieder eine ehrliche Steuerbilanz aufmachen kann, ohne sich selbst zu ruinieren. Man sollte nämlich wissen haben, daß wenn der Steueranspruch unmoralisch ist, die Steuerzahler unmoralisch werden. Zur Wiederherstellung der Steuermoral ist deshalb jedenfalls von größter Bedeutung, daß der Kaufmann auf einer Basis seine Bilanz aufbauen kann, mit der er vor jedem Finanzamt zu bestehen vermag.

Endlich behandelt das Gesetz den überträglichen Zustand, daß der Gehalts- und Lohnempfang unmittelbar in der Bahrung seines Einkommens steht, während die veranlagten Steuerpflichtigen bisher ihre Steuern immer in entwertetem Gelde zahlten. Das Gesetz hat die völlige Ausgleichung nicht zu bringen vermocht. Es wird die Lösung dieser Frage erst einer kommenden großen Steuerreform zufallen. Man hat sich für den Augenblick damit begnügt, die künftigen Steuerzahler zu befreien, und zwar für jeden Monat mit einem Zuschlag von 15 Prozent und bei einer Verkömmerung von über 3 Monate mit 20 Prozent Zuschlag. Andererseits ist den Angehörigen der freien Berufe, die in ihrer Altersvorsorge nicht durch staatliche Kassen und Pensionen abgesichert sind, ein Steuerfreier Abzug von ihrem Einkommen zugesichert worden, der mindestens 30 000 M und höchstens 80 000 M beträgt.

Wenn das Gesetz mit 309 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen 160 der sozialdemokratischen angenommen ist, so mag diese Linie nicht sehr zu beklagen sein. Sie war aber um die Wiederberufung einer Steuerreform nicht zu vermeiden, denn selbst nach der kapitalfeindlichen Seite hin das Gesetz auszubauen, wäre für die bereits außerordentlich verarmte deutsche Wirtschaft unerschwinglich gewesen. Einig war sich der Reichstag über eins, daß wie bitter notwendig eine großzügige Steuerreform haben, und daß der Reichsregierung die Aufgabe stehe, diese Reform von langer Hand vorzubereiten und baldmöglichst zur parlamentarischen Erledigung zu bringen.

### Die Knebelung der Presse

Die Zeitungen von Buer sollten verpflichtet werden, eine Erklärung des kommunistischen Generals zu bringen, in der die Entziehung darüber zum Ausdruck gebracht wird, daß von deutscher Seite behauptet wurde, die Täter seien in den Reihen der französischen Besatzungstruppen zu suchen. Weil die Zeitungen sich weigerten, diese Erklärung zu veröffentlichen, sollten sie dauernd verboten werden. Vorläufig ist das Erscheinen sämtlicher Zeitungen mit dem Grund untersagt worden, daß eine Druckerei in Buer sich geweigert habe, Belegblätter für die französischen zu drucken. Die Erregung der Besatzung über das Verhalten der Zeitungen steigert sich immer mehr.

Die Franzosen verlangten von der Geschäftsleitung der „Reichshausener Zeitung“, daß sie in ihrem Blatt eine ihrer eigenen Lieberzeugung widersprechende Erklärung veröffentlichen sollte, die den Mord an den beiden französischen Offizieren verurteilt und zum Schluß den Satz enthält: „Diese Mordtaten sind das Wert nationalsozialistischer Heer“. Die Geschäftsleiter lehnten die Aufnahme dieser Erklärung ab. Darauf wurde die Zeitung bis auf weiteres verboten und der Verleger verhaftet. Von dem Betriebsrat, der wegen der Verhaftung des Verlegers vorläufig wurde, wurde die Unterzeichnung einer Verpflichtung verlangt, wonach Bekanntmachungen, Anordnungen usw. der Besatzungsbehörde widerspruchlos in festgesetzter Zeit gegen torifmäßige Bezahlung inseriert und ferner alle Befehle und Anzeigen abgedruckt werden sollen, die die Militärbehörde zur Kenntnis der Bevölkerung bringen will. Ebenso sollen alle übrigen Druckerarbeiten verrichtet werden. Nach Ablehnung dieser Forderung erklärte der französische Kommandant, daß nun ein dauerndes Verbot der Zeitung erfolgen und der Betrieb ausschließlich für französische Zwecke beschlagnahmt würde. Da die „Reichshausener Wg. Ztg.“ ihr Erscheinen wegen der Vorzensur eingestellt hat, erscheinen nur noch der „Volkstribune“ (Soz.) und die „Volkzeitung“.

Das belgische Kriegsgericht in Kachen verurteilte den Geschäftsführer der sozialdemokratischen „Freien Presse“ wegen Herausgabe eines Erschließens für die verbotene Zeitung und wegen eines beachtlichen Kritikers zu 7 Monaten Gefängnis und 200 000 M Geldstrafe.

### 445 Zeitungen verboten

Die Internierte Rheinlandkommission hat verboten seit Beginn der Ruhrkation bis zum 18. März 298 Zeitungen im französisch und belgisch besetzten Gebiet, darunter 43 Zeitungen mehr als 2-5 mal, im Einbruchgebiet 147 Zeitungen, darunter 38 Zeitungen mehr als zweimal, insgesamt 445 Zeitungen von den 1445 Zeitungen des abgesetzten und des Einbruchgebiets. Gerichtlich belangt wurden 82 Redakteure und 31 Verleger, ausgewiesen 18 Redakteure und 9 Verleger. Der Vorzensur unterliegen im Einbruchgebiet 28, im alldeutschen Gebiet 17 Zeitungen. Von den im nichtbesetzten Gebiet erscheinenden Zeitungen wurden unterlagt: 11 für dauernd, 35 für die Dauer von drei Monaten, 17 für die Dauer von einem Monat.

### Zur Verhaftung Hölleins

Wieb nach aus Paris gemeldet: Höllein sprach, nachdem er die „Häufliche des Kapitals“ beschimpft hatte, die zu beiden Seiten des Rheins einander ähnlich seien, und von den Münchener Sozialisten behauptet hatte, daß die französische Regierung sie materiell unterstütze, die Hoffnung aus, daß die französischen Kommunisten die Macht erlangen und die Kasse der Räuber vertreiben würden. Nach der Rede Hölleins wurden die Richter im Saal verärgert, damit er sich entfernen könnte. Eine halbe Stunde später war er verhaftet. Höllein wurde am Sonntag nachmittag dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er gab seinen Namen an, ohne seine Stellung als Reichstagsabgeordneter besonders zu erwähnen und erklärte im übrigen, daß er eine weitere Antwort nur seinem Anwalt abgeben werde. Höllein wurde darauf in das Sainte-Gefängnis geführt, wo er als politischer Gefangener behandelt wird.

### Matthäus-Passion von Heinrich Schütz

Zur Aufführung durch den Verein für Köstliche Kirchenmusik. Kennen der Bachschen Passionen werden sich von den leider weniger bekannten Schützischen hinsichtlich ihrer Form leicht unrichtige Vorstellungen machen. Urteile, die Schütz nur als musikalisch interessierte Vorstufe zu Bach gelten lassen wollen, werden ihm nicht gerecht. Beide Meister erstreben wohl das gleiche Ziel, das der kirchlichen Erbauung, erreichen es aber auf ganz verschiedene Wegen: Bach als Kirchenkomponist — Schütz als Dramatiker.

Bach offenbart in den Chören und Arien kein subjektives Empfinden oder das des gläubigen Christen, was ihm nur in größeren Formen möglich ist. Der Kirchenkomponist hat für die feineren historischen Eigentümlichkeiten kein Interesse, alles wird bei ihm beherrscht durch die allgemeine kirchliche Stimmung. Seine unheimliche Auffassung der Passionsgeschichte löst ihn mitten im Fluß der Handlung durch ausgedehnte Arien oder Choräle unterbrechen, die jeweiligen Gefühlsregungen zum Ausdruck bringen. Bachers Schütz, der nur die Geschichte erzählt. Der Dramatiker, als der er sich besonders in seiner Matthäus-Passion zeigt, muß objektive sein. Seine Stärke liegt in der Erlangung der dramatischen Situation in ihrer nackten Realität ohne Rücksicht auf das kirchliche Empfinden. Deshalb ist die Kürze der Schützischen Matthäus-Passion nicht Mangel, sondern künstlerische Notwendigkeit. Sie zeigen diejenige Knappheit der Form, die sie als Momente einer rasch sich vollziehenden Handlung haben müssen. Aus demselben Grunde muß Schütz auf Stücke betragenden Inhalts verzichten. Einmalig wäre es daher auch, Schütz anders als an „Ebenenschnitten“ einzulesen. „Bachs Passionen unterscheiden sich von den Schützischen wie eine Feinbild über die Weidensgeschichte von einer jenseitigen Darstellung.“ Schütz verfolgt nicht mit geringeren, wohl aber mit ganz andersartigen Mitteln sein Ziel, in den Schöpfungen der beiden Meister lebt ein sehr unterschiedener Geist. Die Eigenart der Schützischen Passionsmusik verleiht ihnen Reife und großen Reichtum in modernen Konzerten, wie wir es heute bei Bach-Aufführungen gewohnt sind (wobei meines Erachtens weniger künstlerische als andere Gründe maßgebend waren), was auch von Dr. Spitta als ein die höchste Kunst schaffender Bestand angesehen wird. Die zum Musikdrama hinneigenden Passionen von Schütz weisen in die Kirche, welche den Reiz an heimlicher Darstellung wenigstens etwas erganzen kann, die allein geeignet ist, dem Hörer jene Stimmung zu geben, die ihn zur Aufnahme der erhabenen Schützischen Musik empfänglich macht.

Man hat mit Recht von Schütz gesagt, er sei als Künstler groß genug, um sich nicht größeren ohne Schaden leben lassen zu können. Er habe seine Art, und in dieser tue es ihm seiner gleich. Hermann Eckert.

### Die „Sicherheit“ auf den militarisierten Strecken

Worms, 19. März. Auf der Strecke Koblenz-Worms ereignete sich am Samstag abend 6 Uhr der Wasserbehälter des fahrplanmäßigen Personenzuges infolge Ueberladung. Während die Insassen des Zuges mit dem Schrecken davonschrien, wurden die drei französischen Eisenbahner (Votomotivpersonal) schwer verletzt. Infolge der Umgehung der Unglücksstelle sofort gesperrt wurde und vor Worms eine Ersatzlokomotive kam, konnte der Zug erst nach 1 1/2 Stunden nach Worms zurückgebracht werden.

Am 16. März abends entgleiste bei der Ausfahrt aus dem Kölner Personenbahnhof nach Arefeld ein französischer Provinzialzug. Fünf Güterwagen wurden beschädigt, davon drei vollständig zerstört. Die Güter- und Ausfahrt nach Düsseldorf durch den Weichboden sowie nach Arefeld ist gesperrt. Die Aufbäumungsarbeiten beanspruchten längere Zeit. Ueber die Zahl der Verletzten ist nichts Bestimmtes bekannt geworden. Der Materialschaden ist sehr erheblich.

### Zum Anschlag auf Smets

Zu dem Attentat berichtet die „Rheinische Zeitung“, daß die rechte Körperseite gelähmt ist, doch konnte er bereits vernommen werden. Ueber die Person des Täters herrscht vollständiges Dunkel. Zu der Tat selbst schreibt die „Rheinische Zeitung“, man könne an dem Mord an Smets keine Empfindungen heucheln, die kein Reich im Rheinland für ihn aufbringe. Er habe ein solches Maß von Verachtung — als Ziel des Hasses sei er zu klein gewesen — daß man Willkür mit ihm kaum aufzubringen vermöge. Er habe sich so sicher gefühlt, daß er sich alles herausnehmen zu können glaube. Er habe in den jüngsten Wochen als Zuträger des französischen Militärs zu viele Rheinländer mit Weib und Kind aus der Heimat ins Exil gejagt, daß eine Weitemilfe von Rindern ihn unangenehm, in die menschlich verheißende Güte nicht vorbringen konnte. Wo andere deutsche Staatsbürger in jeder Stunde mit der Strafe der Verbannung bedroht waren, galt er unter der Hand Frankreichs wider deutsches Recht als straflos für jede politische Schandtat, als unantastbar. Der Schlag selbst werde nicht die Sonderbündler treffen, für die Smets nichts bedeutet habe, sondern das Rheinland. Schon mit Rücksicht auf die korrekte Haltung der britischen Besatzungsbehörde hätte man von der Tat Abstand nehmen müssen. Die verdrängte Politik des Smets, der wohl erst die Tragweite seiner Handlung geahnt habe als er den Mord zu sühnen begann, ist schuld an der Tat. Trotzdem müsse anerkannt werden, daß der Täter, wenn er auch nicht hintertrübe seine Tat vollbrachte wie die Mörder Erbregers und Kohnhaus, erreicht und verhaftet wurde, damit die Tat geführt werden könne.

Am übrigen meldet die „Rhein. Sta.“ noch, daß der polizeiliche deutsche Schutz um den Smets vor einiger Zeit nachgelockt habe, gemäßet worden sei. Eine Patrouille uniformierter Beamter sei in der Luxemburger Straße auf und ab gegangen, um Kundgebungen zu verhindern. Später seien Kriminalbeamte mit diesem Dienst beauftragt worden, da dies unauffälliger war.

### Französische Verlegenheit

Das Attentat auf Smets bringt die französische Presse in große Verlegenheit. Trotzdem sie nicht den Anschein erwecken darf, als ob sie sich für das Schicksal des Smets besonders interessiert, weil man sonst annehmen könnte, daß Smets im Solde Frankreichs stehe, kann sie doch ihre Trauer über das Schicksal des rheinischen Landesverrätters nicht verbergen. Berlin im „Echo de Paris“ gibt zu, daß die separatistische Bewegung im Rheinland erfolglos war. Die Besatzungsbehörde dürfe nicht offen zu Gunsten dieser Bewegung eintreten. Das könne schädliche Folgen haben.

### Französischer Schutz für Separatisten

In Elzweiler fand am 29. Januar eine Kundgebung gegen einige fahrbekannte Sonderbündler statt. Vor den Quartieren der Besatzung sollen angeblich Kundgebungen stattgefunden haben, die die „Sicherheit“ gefährdeten. Als Urheber beim Teilnehmer wurden von den Franzosen der Birkobanner Schade zu vierzehn Tage Gefängnis und 5000 Mark, die minderjährigen (!) Schüler Bieden, Kirch und Wansen zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

### Kohbach und Echehardt

Am 17. März, abends fand in Wannsee bei Berlin eine Zusammenkunft jüngerer Leute statt, die dem ehemaligen Freikorpsführer Kohbach und dessen Gefinnungsgenossen nahe stehen. Die Versammlung wurde von der Berliner politischen Polizei aufgelöst. Kohbach der persönlich an der Versammlung teilnahm, wurde festgenommen und dem Berliner Polizeipräsidium zugeführt. Es ist gegen ihn ein polizeiliches Ermittlungsverfahren wegen des dringenden Verdachtes, gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verstoßen zu haben, im Gange. Nach Abschluß dieses Ermittlungsverfahrens wird Kohbach dem Richter vorgeführt. Unabhängig von diesem gerichtlichen Verfahren wird ein vom Oberpräsidenten von Obersachsen gegen Kohbach erlassener Sauhahnbefehl vollstreckt. Gegen Kohbach soll, wie mehrere Berliner Blätter gleichzeitig zu erzählen wissen, ein neues Verfahren wegen Mordes im Gange sein. Zusammen mit zwei anderen Freikorpsführern ist Kohbach angeklagt worden, während des Koppfputsches in Weidenburg zwei Arbeiter erschossen zu haben. Die deutsch-völkische Freiheitspartei verbreitet in Söden die Verhaftung Echehardt eine Erklärung, wonach sie sich durch die Herren Grasse, Wulle und Henning an die „Jugendlichen

nationalen Parteien“ im Reichstag um Unterstutzung eines Entzuges auf Haftentlassung des verhafteten Kapitänleutnants Echehardt gewandt habe. Alle Abgeordneten dieser Partei hätten es jedoch abgelehnt, den Antrag zu unterstützen. Gegen Echehardt, ebenso wie gegen die Prinzessin Hohenlohe, die ihn in München besuchte hat, soll, wie Berliner Blätter andeuten, auch ein Verfahren wegen Weichens anhängig gemacht worden sein, weil Echehardt sich bei der Münchener Vernehmung als Dr. Grawe bezeichnet hat.

### Deutsches Reich

• Lösung der schließlichen Regierungskrise. Zwischen den Parteivorständen und den Parlamentsausschüssen der Kommunisten und Sozialdemokraten ist eine Einigung zustande gekommen. Am Mittwoch wird der Ministerpräsident, der von der Sozialdemokratie gestellt wird, gewählt.

• Keine neue Amnestie. In der Berliner Presse findet sich eine Mitteilung, daß im Reichsjustizministerium Beratungen für die Amnestierung der wegen politischen Vergehen Verurteilten stattgefunden hätten. Diese Nachricht ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, nicht zutreffend.

### Letzte Meldungen

#### Der Theaterbrand in Wiesbaden

Wiesbaden, 20. März. Ueber die Brandkatastrophe, die das Wiesbadener Staatstheater betroffen hat, wird noch berichtet: Nach den letzten Feststellungen ist der Zuschauerraum in der Hauptsache unversehrt geblieben. Der eiserne Vorhang hat der unglücklichen Glut Widerstand geleistet. Er ist zwar stark verbogen, hat aber doch ein Ueberbleibsel des Brandes auf den Zuschauerraum verhindert. Auch von den großen Bekänden an Garderoben und Kuffernmaterial konnte vieles vor der Vernichtung gerettet werden, so daß der Sachschaden doch geringer ist, als im ersten Augenblick befürchtet worden war.

Der Schaden an Maschinen und Gebäude wird auf drei Millionen geschätzt. Der Magistrat beschloß in einer außerordentlichen Sitzung, den Theaterebetrieb im Kleinen Haus weiterzuführen und im Rathaus die Möglichkeit für Orchesterkonzerte und Balletaufführungen zu schaffen.

Der Prachtbau des ehem. Kgl. Theaters in Wiesbaden (das jetzige Kalkauische Landestheater) wurde 1893/94 auf dem sogenannten „Wannen Damm“ durch die Wiener Architekten Fellner und Helmer erbaut. An der Spitze hat Prof. Genzler im Jahre 1902 einen Erweiterungsbau errichtet, der außer Logen und dem Foyer ein großes Foyer einschloß. Der Zuschauerraum hat ungefähr 1400 Plätze. Die Bühnen dieser Bühne sind in die Jahre des Jahrhundertanfangs. Prunkvolle Veranstellungen waren bis pompos begangenen Kaiserfesten, die neben wertvollen Inszenierungen klassischer Opern und Schauspiele auch der mehr heftigen Unterhaltung dienten.

#### Ein Banknotenfälscher

Berlin, 20. März. (Von unterm Berliner Büro.) Die Berliner Polizei hat einen russischen Kunstmaler namens Wassiljew verhaftet, der seit Jahr und Tag sich mit der Herstellung falscher 100-Marknoten beschäftigt hat, die in mehreren europäischen Städten, hauptsächlich in Deutschland, in Umlauf gesetzt worden waren. Bei seiner Verhaftung fanden die Beamten ihn auch mit der Herstellung falscher 100-Dollarnoten beschäftigt.

#### Ausstellungen Arbeitslofer

Berlin, 20. März. (Von unterm Berliner Büro.) In Steintal fand es gestern zu Arbeitsloferkrawallen. Ein Trupp Arbeitslofer zog vor die Privatwohnung des Oberbürgermeisters Kramann, drang in diese ein und zertrümmerte Fensterscheiben und Möbel. Ein anderer Trupp verlor sich im Plündern von Kaffeekäusern, wobei dem Wägen und Ueberbleibsel gestohlen wurden. Erst allmählich gelang es der Polizei, die Menge zum Stehen zu bringen und die Hauptverursacher zu verhaften.

Hann, 20. März. Gestern hielt der Verband der Bergarbeiter Deutschlands in Hamm eine Vertrauensmännerversammlung der Betriebsräte des Reichs ab, der einstimmig eine Protestentscheidung gegen den gemächlichen Einbruch in das Ruhrgebiet antrug, der die Reparationsleistungen erschwere und den Widerstand schüre. Die Fortsetzung des erbitterten Widerstandes mit friedlichen Mitteln gegen die Gewalt wird angefordert, die rücksichtslose Unterdrückung aller Bewegungen verlangt, die einen bewaffneten Kampf noch außen oder innen verlangen. Weiter wird die Heranziehung der befreiten Kreise zu den wirtschaftlichen und steuerlichen Opfern verlangt. Die Entscheidung wendet sich gegen jeden Versuch der gezielten, den Widerstand zu lösen und den Kampf zu verkümmern. Die Reichsregierung wird aufgefordert, seine Möglichkeit ungenutzt zu lassen, durch Verhandlungen den Ruhrkampf zu beenden und die Reparationsfrage zu lösen.

Brüssel, 19. März. Das Blatt „Le Soir“ berichtet aus Düsseldorf über Unterhändler im belgischen Besatzungssektor, wo Waren, die für die Militären auf Reparationskonto rekrutiert waren, verschwinden seien. Eine Untersuchung festgestellt, daß hierbei eine Anzahl belgischer Beamter kompromittiert wurden. Man habe verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

### Kunst und Wissenschaft

• Aufführung in Altkönig. In seinem „Galant Nacht“ beizuliegen, dreitägigen Spiel, dessen spannende Handlung von nur zwei Personen bestritten wird, zeigt sich der bekannteste Bühnenplauderer h. Bachwitz als einen Bühnenschnitzer von überlegenem Können. Darüber hinaus hat das Stück auch höher zu wertende Qualitäten, die sich besonders in der Psychologie der weiblichen Hauptfigur dokumentieren. Diese kleine Ministerstochter, die von einem politischen Verführer lediglich seiner Sicherheit wegen in ein galantes Hotel mitzubringen gezwungen wird, da man ihn dort nicht finden wird, und die dann über das durchaus korrekte, faulartmögliche Verhalten des Mannes empört ist, weil sie sich in ihrem Weibstum beleidigt sieht, ist in der Tat eine banale Aufgabe für eine Darstellerin, die mehr ist als eine Virtuosa, die Können statt Routine anzuzeigen hat. Das außerdem durch einen pointierten Dialog sich auszeichnende Stück wurde sehr herzlich aufgenommen.

• Theaterundschau. Generalmusikdirektor Hans Knopps Buch hat unter Beteiligung des Titels eines Professors die Leitung der Opernschule und eine Meisterklasse für Operndirigenten an der Akademie der Tonkunst in München übertragen erhalten. — Das Präsidium der Deutschen Bühnengenossen hat gegen Willi Müllers den Direktor des Neuhäuser Schauspielhauses in Dresden, Antrag auf Entziehung der Spielerealaubnis bei der schließlichen Konzeptionsbehörde gestellt mit der Begründung, daß Willi Müllers in künstlerischer und künstlerischer Hinsicht die Anforderungen, die man an einen Theaterdirektor stellen müsse, nicht entpfehle. Gleichzeitig warnt die Deutsche Bühnengenossenschaft sämtliche Schauspieler und Schauspielerinnen, mit Direktor Müllers Anstellungsverträge für die nächsten Spielzeit abzuschließen. — Der neu eingerichtete Lehrstuhl für Theater- und Bühnenkunde an der Königsberger Universität ist dem Rater Klaus Richter, der von Berlin als Professor an die Königsberger Kunstakademie kam, übertragen worden. — Calvermann „Standhafte Bräutigam“ bringt das Mainzer Stadttheater zum Oberfest heraus; die Uebersetzung Otto von Laubert erleidet anlässlich dessen ihre Uraufführung. Regie: Dr. W. Hoffmann-Harnisch. Die 1883 für Zimmermanns Düsseldorfische Aufführung von Heilig Wenzelsfesten. Vertheilung komponierte Musik die als verloren galt, aber vor kurzem wieder aufgefunden wurde kommt in Mainz nach 90 Jahren erstmals wieder zum Vorschein. — Das Thüringische Ministerium für Kulturbildung hat dem außerordentlichen Professor für Philosophie an der Universität Jena Dr. Hugo Dingler einen Lehrentwurf für Dramaturgie erteilt und dadurch die Wichtigkeit dieses Lehrentwurfes hervorgehoben, das bisher nur an zwei Universitäten vertreten ist.

### Konzert des Lehrergesangvereins

Der Lehrergesangverein, der am Samstag abend unter der Dirigentenschaft von Karl Weidt sein letztes diesjähriges Winterkonzert veranstaltete, begann mit dem 23. Psalm „Gott meine Zuversicht“ von Schubert für Chor mit Orgelbegleitung. Das war ein außerordentlich und verpackt, die erste Frier zu einem Festtagsabend zu gestalten. Dieser Psalm mit seiner Geselmdelmittel der Kontinenz, der unendlichen Hülle seiner Melodie, der vollkommenen Sangbarkeit aller Stimmen, wurde von dem Verein geradezu meisterhaft wiedergegeben. „Seiemanne“ von Erwin Vendrysi und „Mitten im Leben“ von Peter Cornelius, zwei Chöre a capella, waren auch in der dynamischen Abkühlung, der Vortrag gefeilt, und die Gemüthsverbältnisse der Stimmen zu einer schönen Einheit verknüpfen. Das „Heiliger Herr Gott“ Heiliger Herr Gott! Hoff uns nicht verfallen in des bitters Todes Not!“ war eine Bitte in so lebendigem crescendo, daß es seine Wirkung auf die Zuhörer nicht verfehlte und eine tiefe Ergriffenheit hervorrief.

In der zweiten Hälfte des Abends brachte der Verein erneut den Beweis für seine außerordentliche musikalische Begabung, indem er die Altitalische C. Woll Meise für Chor und Orgel zum Erklingen brachte. Die Aufführung dieses Wertes, dessen Tiefe der Erklingend ihm den Umsturz zeigt und das fortleben wird, wenn die allermeiste Produktion unserer Tage bereits verweht sein wird, war eine demunderungswürdigen Leistung, die nur der zu beurteilen vermag, der die vorhandenen Mittel neben der außerordentlichen Schwierigkeit des Stoffes vergleichend abwägt und daraus erkennt, was hier bis in Einzelheiten hinein an Postitum geboten worden ist. Der Chor war seiner Aufgabe in hohem Grade gewachsen und ließ jene musikalische Sicherheit erkennen, die von jeder die hervorsteckende Eigenschaften der Weidtschen Arbeit war. Einmalig war, namentlich bei dem gelanglich leuchtenden Teile der Meise, glaubte man auf kurze Augenblicke bezaubert Veranlassung zum Zweifel zu haben, ob die Sänger ohne Höflichkeit durch die Harmonien sich durchfinden würden. (Ries und Sanctus) — aber sie ließen. Ob wohl die zahlreich Hörerschaft überhaupt einen Begriff davon hatte, welche reinliche und liebevolle Aufzuarbeit vorausgegangen ist, ehe man diese Vollkommenheit erreichte?

Anna Sandmann als Declator ist ein Kamel für sich. Was er hier an Schmelzhaftigkeit und Organisationskunst leistete, fordert besondere Bewunderung heraus.

Das Anna Karakof uns mit Kindern aus dem 15. Jahrhundert bedachte, das so viel des bausen Wertes und Materialitäten, insbesondere in der konzertanten Gesangsweise, einer Quelle innerlicher Schönheit zeigt, ist zu begrüßen. Die Aufführung dieser, wie der Hugo Wolfchen Lieder, trugen alle Kennzeichen der Vollendung. H. Lz.

Kulturdaten

Die Behandlung der Opfer der französischen Gewaltpolitik

Nach Verbüßung einer ihnen von den Franzosen zubilligten zweimonatigen Gefängnisstrafe im Jellengängnis sind in Münster i. Westf. der Schupo-Hauptmann Karl Born aus Oberhausen und der Buchhalter der Firma R. Stern in Essen Eugen Guchlaff angekommen. Schon am ersten Blick sah man diesen beiden deutschen Männern an, daß sie eine schwere Leidenszeit hinter sich hatten. Ihre protokollierten festgehaltenen Aussagen über die Behandlung, die sie von der französischen Soldateska bei der Durchführung der „friedlichen“ Kubantion erlitten, verdienen allen Kulturpolitikern vor Augen gehalten zu werden, um sie über die Behandlung der wehrlosen Bevölkerung durch das französische Heer aufzuklären.

Hauptmann Born war in Oberhausen verhaftet worden, weil er sich gemäß den Weisungen seiner vorgesetzten Behörde weigerte, die französischen Offiziere zu grüßen. Unter ungläubigen Beschimpfungen und Beifügungen wurde er vor das Kriegsgericht der 128. französischen Infanteriedivision geschleppt. Die Behandlung selber bezeichnete Hauptmann Born als ein Schauspiel. Von Objektivität ist keine Spur zu finden gewesen. Als er seine verteidigenden Ausführungen machte, sah er ein ungläubiges Schielen über die Gesichter der französischen „Richtspräsidenten“ und wußte damit, daß seine Sache verloren sei. Als ihn — den deutschen Offizier — der Vorsitzende darüber befragen wollte, wie man Offiziere einer benachbarten Region zu grüßen hätte, brach im Zuschauertraum eine ungeheure Entrüstung aus, so daß die Verhandlung abgebrochen und nicht öffentlich weitergeführt wurde. Nach fünf Minuten langer Beratung verkündete das Gericht unter präventivem Gewehr, daß der Polizeihauptmann Born zu einem Monat Gefängnis und 200.000 M. Geldstrafe verurteilt worden sei. Auf eine Berufung verzichtete der Berufte sofort, da er von der Objektivität der französischen Gerichte hinreichend überzeugt war.

Von Bredegen aus wurde Hauptmann Born im Postwagen nach dem Düsseldorf Hauptbahnhof transportiert und zusammen mit anderen Gefangenen wie Vieh in den Gefangenentransportwagen getrieben. Nach 45tägiger Fahrt in ungeheizter Zelle, wobei sich der Schupooffizier eine schwere Erkältung zuzog und sich sein Rheumaleiden vergrößerte, langte der Transport in Zweibrücken an, wo er von einer Horde schwarzer Soldaten und einigen französischen Gendarmen empfangen wurde. Unter Beschimpfungen und Schmähungen wurden sie in das Zweibrücker Gefängnis getrieben. Von den Quälereien in Zweibrücken ist nur hervorzuheben, daß ihn — den deutschen Offizier — einer der Wächter vor einem Schwarzen unbedingte wollte stillsetzen lassen. Trotz aller Drohungen blieb aber der Offizier bei seiner Weigerung, da er nach dem Rheinlandsabkommen ja nur im allbezüglichen Gebiet die fremden Offiziere zu grüßen hatte. Um den Gefangenen Rädig in Aufregung zu halten, behauptete man ihm gegenüber, daß seine Geldstrafe noch nicht bezahlt sei und daß er nicht entlassen werden könne, bevor eine Quittung vorhanden sei. In Wirklichkeit war die Strafe bereits zweimal bezahlt. Bei völlig unzureichendem Essen und ohne an die frische Luft zu kommen, mußte Hauptmann Born in Zweibrücken seinen Monat aushalten. Am Samstag, den 10. März wurde er mit dem Buchhalter Guchlaff aus Essen zusammengeführt über die Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen gebracht und auf der Mannheimer Seite mit dem Bedienten freigelassen, daß er ausgewiesen sei und im Falle des Wiederbetretens des besetzten Gebietes mit mindestens zwei Jahren Gefängnis bestraft werde. Von Mannheim aus reiste Hauptmann Born dann — zum ersten Male seit einem Monat — als Mensch unter Menschen, nach Münster weiter.

Dieselbe unwürdige Behandlung, nur in erheblich verschärfter Form, erfuhr der 51jährige Buchhalter bei der Firma R. Stern in Essen, der frühere Zollassistent Eugen Guchlaff aus Bielefeld. Er war gelegentlich einer Dienstreife nach Essen in einem Offener Koffee mit dem Oberkellner bekannt geworden und unterhielt sich mit ihm darüber, daß die Kaffeewirtschaft der Besatzungsangehörigen nichts abgeben. Dieses Gespräch scheint ein französischer Spion mitangehört zu haben, denn als er an den Bahnhof kam, wurde Guchlaff dort verhaftet. Von Essen aus wurde er nach dem Militärgefängnis in Bredegen gebracht. Auf der Fahrt wurde der 51jährige Mann blutig geschlagen und seiner Borschaft beraubt. Vom Kriegsgericht in Bredegen wurde er wegen Verletzung der Besatzungsregeln zu einem Monat Gefängnis und 100.000 M. Geldstrafe verurteilt. Nach der Verurteilung wurde er befragt, ob er als Zollbeamter imstande wäre, ein Zollamt zu leiten. Wenn er sich dazu bereit erklärte, würde ihm seine Strafe erlassen. Guchlaff bejahte die erste Frage, fügte aber gleichzeitig hinzu: „Ich verate mein Vaterland nicht!“ Auf der Fahrt nach Zweibrücken wurde Guchlaff von dem begleitenden Gendarmen mit einer Kette auf den Kopf geschlagen, außerdem verfuhr sein Begleiter, ihm mit dem Gewehrkolben die Fingerringe zu quetschen. Die Behandlung in Zweibrücken bezeichnete Guchlaff als ganz niederträchtig. Der Hauptbestandteil der Nahrung seien verfaulte Kartoffeln gewesen, zubereitet nach dem Rezept: „Für maroffonische Klagen“. Auch Guchlaff hatte in dem ganzen Monat nur in den ersten vier Tagen frische Luft genossen. Außerdem wurde Guchlaff noch eine volle Woche länger in Haft behalten als seine Strafe dauerte. Der 51 Jahre alte Mann war infolge der grauenhaften Behandlung durch die französischen „Kulturträger“ vollständig zu lammergeboren.

Bergewaltigungen

Der Regierungspräsident von Münster, Dr. Haslünde, hat an den französischen Oberbefehlshaber für die deutsche Zivilverwaltung, General Denignis in Düsseldorf, folgendes Schreiben gerichtet:

● Kleine Chronik. In Linz, seinem Geburtsort, ist August Gölterich, noch nicht 64 Jahre alt, gestorben. Bi-Schüler und Freund Brudners, hat er diesen Meistern seine Lebensarbeit gewidmet. Als Chorweiser des oberösterreichisch-solzburgischen Musikgawes ist Gölterich über die Grenzen seines heimatlichen Wirkens hinaus bekannt geworden. — Am 1. April muß die draun-schweizerische Volksbibliothek voraussichtlich geschlossen werden, da weder der „Reinhold Volksbibliothek“ noch die Stadt oder der Staat Braunshweig in der Lage sind, den Jahreszuschuß von 24 Millionen Mark zu tragen. Dieser Fall, der wohl keine Ausnahmeerscheinung sein wird, ist sehr bedauerlich. — Wie „Der Kunstwanderer“ erzählt, ist ein Rembrandt aus der Sammlung Strogonoff in Paris für 300.000 französische Franken nach Schweden verkauft worden. Das Bild ist eine Darstellung des Peremias und 1630 signiert und datiert. Der Preis dieses Rembrandt wird in den möglichen Kreisen für niedrig gehalten. — Zum 200. Todes-tage des großen österreichischen Borodbaumeisters Fischer von Erlach wird das Salzburger Museum Anfang April eine Ausstellung aller nachweisbaren Zeichnungen und Briefe des Meisters und seines Sohnes sowie aller Darstellungen ihrer Werke in Stich und Photographie eröffnen. — Geh. Reg. Rat Prof. Dr. Heinrich Rager, der namhafte Bonner Schöpfer, vollendete am 16. März sein siebzigstes Lebensjahr. Der Gelehrte, der jetzt in Marburg im Ruhestand lebt, hat außer zahlreichen Abhandlungen ein „Lehrbuch der Physik für Studierende“ und als sein Hauptwerk ein lehrreiches „Handbuch der Spektroskopie“ geschrieben. — Der bekannte „Simplicissimus“-Zeichner Graf Guibranian wurde zunächst auf zwei Jahre als Leiter einer Klasse für Zeichnung und Graphik an die Kunstgewerbeschule München berufen. — Frau Julia an die Mutter von Thomas und Heinrich Mann, ist in Wehring bei München im Alter von 72 Jahren gestorben. — Wilhelm Kreis wurde am 17. März, 50 Jahre alt — aber schon länger als ein Vierhundertjahrer steht die schöpferische Persönlichkeit dieses Architekten in der ersten Reihe der deutschen Künstlerwelt. Er war ein 23jähriger Student, als er im Wettbewerb um das Beispiel der Bismarckdenkmäler im ersten Preis erhielt, und gleich darauf hatte er mit seinen Entwürfen für die Bismarckdenkmäler in den sich händernden Konkurrenzen stürmische Erfolge. Aus der Schule von Mallot und Bruno Schmitz hat Kreis sich früh zu einem Raum- und Formausdruck durchgerungen. Kreis gehört zu den Begründern der modernen Monumentalarchitektur, aber daneben hat sein Sinn für die Zweckmäßigkeit und Klarheit praktischer Bauaufgaben nicht minder in ausgezeichneten Werken geäußert.

Am 16. Februar, abends gegen 9 Uhr, wurde, wie hier gemeldet wird, die beruflose Josephine Wacker, in Knippenburg 38 wohnhaft, auf Essen-Delwiger Gebiet in der Nähe der Kanalbrücke von sechs französischen Marineinfanteristen vergewaltigt. Wacker befand sich mit ihrem Bräutigam auf dem Wege zu ihrer neuen Wohnung in Eilen-Deiwige, Schulstraße, um auf ihrem Heimwege Möbel dorthin zu bringen. An der Kanalbrücke wurden die beiden angehalten, von dem Bräutigam wurde der Paß verlangt, den dieser auch vorlegte. In der Gesellschaft der sechs Matrosen befand sich ein Belgier, der perfekt deutsch sprach. Einer der französischen Soldaten hielt dem Bräutigam Lampy, Bahnhofstraße 42 wohnhaft, die Pistole vor das Gesicht und zwang ihn, mit den Händen unzufahren. Die Soldaten entfernten sich mit dem Mädchen. Nach einigen Schritten riefen sie Halt und legten ihr die Pistole auf die Brust. Der Belgier erklärte ihr, falls sie alle befriedigen würde, würde ihr nichts geschehen, andernfalls würde sie erschossen. Keim hatte das Mädchen dieses Anbieten mit Nein beantwortet, als sie auch schon von den französischen Soldaten in den Graben geworfen wurde.

Das Schreiben schildert dann, wie man ihr mit einem Strick die Hände rückwärts band, ihr die Pistole auf die Brust legte und die sechs Soldaten sie der Reihe nach nachprüfeten. Dann lenkte das Mädchen wieder aufsehen. Man band ihr den Strick von den Händen, kopfte ihr den Mantel ab und eröffnete ihr, daß sie erschossen und ins Wasser geworfen werde, falls sie ihrem Bräutigam etwas sagen sollte. Daraufhin wurde sie entlassen.

Ich greife diesen Fall ganz unmenchlicher Rohheit aus der Fülle der tagtäglich vorkommenden Gewalttaten heraus, um erneut gegen dieses unerhörte Verhalten französischer Soldaten gegen die deutsche Bevölkerung scharfsten Protest zu erheben. Ich rufe Sie, Herr General, wie lange das Oberkommando diese schmachvollen Zustände noch dulden wird. Mein Protest gegen die schweren Ausschreitungen in Kessinghausen am 7. und 8. Februar ist ohne Antwort geblieben. Sollte das französische Oberkommando tatsächlich die in diesem Protest hervorgehobenen Handlungen sowie diese neue Schandtat der ihm unterstellten Truppen durch stillschweigendes Dulden decken wollen, so mag es immerhin recht sein, die Beschwerden eines wehrlosen gemachten Volkes und die Proteste seiner Regierung zu überhören, in der gesamten Kulturwelt aber hat es stets noch als Feigheit und Schande gegolten sich an Wehrlosen, zumal an Frauen, gewalttätig zu verurteilen. Ich darf also Ihrer Antwort entgegensehen, welche Erledigung dieser schändliche Fall gefunden hat.

Städtische Nachrichten

Die Teuerung in Baden im Monat März

Die vom Statistischen Landesamt berechnete Landesindexziffer betragt nach dem Stand vom 7. März 259,256, d. h. die Teuerung der Lebenshaltungskosten ist auf das 259,256fache gegen den Frieden gestiegen. Bei Berücksichtigung der Indexziffer vom vorletzten Sonntag (21. Februar) ist immerhin ein weiteres Steigen der Teuerung und zwar um 18,086 Punkte (7,5 Prozent) zu beobachten. Der Anfang Februar eingetretene Sturz des Dollars und das Einbrechen der Reichsregierung gegen die Teuerung vermachte allerdings den erwarteten Stillstand oder Rückgang der Teuerung nicht herbeizuführen, wenngleich eine wesentliche Verlangsamung der Teuerung festgestellt werden mußte. Während in der Zeit vom 10. bis 24. Januar die Steigerung 63,7 Prozent betrug, erhöhte sich diese vom 24. Januar bis 7. Februar um 71,2 Prozent, um in der Zeit vom 7. Februar bis 21. Februar auf 12,4 Prozent zurückzugehen. Obgleich nach der Stichprobenerhebung vom 7. März im Vergleich zu jenem vom 21. Februar an einigen Orten einzelne Nahrungsmittel, z. B. Fleisch, Gemüse und Fett im Preise zurückgegangen sind, kann dieser Preisrückgang in der Indexziffer nicht zur Ausmischung gelangen, da andere Verbrauchsgegenstände, z. B. Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Preise weiterhin gestiegen sind.

Umlage für 1922

Den Mitgliedern des Bürgerausschusses ist eine Aufstellung über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben der städtischen Betriebe und Verwaltungen für das Rechnungsjahr 1922 zugegangen. In dieser Aufstellung, die am 10. März 1923 erfolgt ist, sind die wachsenden und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führenden, sowie die sich ausgleichenden Betriebe zusammengefaßt. Als nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führende Betriebe gelten Straßenbahn, Schlacht- und Viehhof, Autowirtschaft, landwirtschaftliche Grundstücke, Wäldungen, Märkte, Wässa und Wasserwerke, als ausgleichende Betriebe Kolkarten, Entwässerung, Müllabfuhr und Straßenreinigung. Die Einnahmen sind nach dem voraussichtlichen Rechnungsergebnis eingeteilt. Die Ausgaben beruhen in der Hauptsache auf den Ansätzen im Haushaltsplan 1922 (Stand Ende März oder Anfang April 1922). Wegen der im Laufe des Rechnungsjahres eingetretene Gehalts- und Lohnerhöhungen sowie Preissteigerungen sind die Ansätze wie folgt erhöht worden: a) persönliche Kosten; 1. Gehälter um das 2fache, 2. Löhne um das 2fache; b) sachliche Ausgaben (Bezahlungskosten) um das 2fache. Der Nettobetrag von 3.147 Millionen mindert sich um rund 0,175 Milliarden — bisheriges Ertragsrisiko der Umlage.

3.796.065.000 M. Gesamteinnahmen stehen 6.943.345.000 M. Gesamtausgaben gegenüber. Die Einnahmen setzen sich aus folgenden Posten zusammen: Uebertragene Kredite 2,5 Mill. M., Ertrag des Kapitalertrags 11.687.000 M., Ertrag der Gemeindegrundstücke 20.170.000 M., Erlös aus Fahrnissen 372.000 M., Miete von Dritten 9.842.000 M., Nutzungswerte 2.744.000 M., Gebühren und Entgelt bei Benutzung städtischer Einrichtungen (Industrie-, Friedhöfe, Krantransporte, Desinfektion, Bäder und Bogen) kommen insbesondere in Betracht 139.500.000 M., Dessenfalls Ausgaben (Grundbesitz, Wertminderungen, Umlage, Verbrauch, Bergbau, Fremdensteuer, Hundsteuer) 104.050.000 M., Vermögensteuern (insbesondere beim Grundbesitz) 33.095.000 M., Schulgeld 12.692.000 M., Beiträge und Erlöseleistungen für Aufwendungen 49.749.000 M., Beiträge und Erlöseleistungen für Ruhegeldvorsorge der Werke und Betriebe 519 Mill. M., Erlöse aus dem Verkauf von Wertpapieren 1,8 Mill. M., verschiedene kleine Einnahmen 3.309.000 M., Umlagenbeiträge 2,4 Mill. M., Zuschüsse des Reichs zu Besoldungsaufwendungen 1626 Mill., Zuschüsse des Staats aus dem Postausgleichslohn 123 Mill. M., Anteil am Aufkommen der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer 1 Milliarde M., Entschädigung für den Verlust der Besteuerung des Mindesteinkommens 4.628.000 M. Dazu kommen: 1. die Reingewinne des Wasserwerks mit 709.000 M., des Gaswerks mit 16.822.000 M. und des Elektrizitätswerks mit 5.596.000 M. (Nettobetrag der Ueberträge 1920 gegenüber dem veranschlagten Betrag), 2. der Uebertrag der Landwirtschaft 17 Mill. M.

Die Ausgaben setzen sich aus folgenden Posten zusammen: Gehaltsbezüge: a) Beamte 1.440.443.000 M., b) Beauftragte an den Volksschulen, höheren Lehranstalten und Fachschulen Mark 106.300.000, c) Zahlung an die Bundeshauptkasse für die Schulmannschaft 40 Mill. M., Löhne der Arbeiter 444.354.000 M., Ruhegeldvorsorge und Fondszuführung 1.026.400.000 M., Sonstige persönliche Ausgaben (Ueberstundenvergütung, Schreibhelfer, Unterhaltungen usw.) 31.748.000 M., Vergütungen an Dritte für Arbeitsleistungen 77.588.000 M., Beschaffung von Gegenständen (Sachbedürfnisse, Druckkosten, Geräte, Warenbeschaffung) 244.172.000 M., Postgebühren, Fracht- und Kellereien 56.816.000 M., Lieferungen und Arbeiten für Unterhaltung der Bauwerke 171.420.000 M., Sachliche Gebührenten 28.052.000 M., Lieferungen und Arbeiten für Unterhaltung und Betrieb der Anlagen und Einrichtungen Mark 318.950.000, Brennstoffe 293.375.000 M., Beleuchtung 104.108.000 M., Verpflegung für Ruhenden a) Ruhenswert 3.476.000 M., b) Miete an Dritte 1.683.000 M., Ausgaben, die der Erfüllung von Staatsaufgaben dienen (Umlagen an den Kreis, Wässa usw.) 22,5 Mill. M., Sonstige Ausgaben (Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnerfürsorge) 43,5 Mill. M., Gebühren und Kosten 55.000 M., Vereinsbeiträge 2 Mill. M., Steuern und Abgaben 220.000 M., Abgaben und Wä-

erträge 3.134.000 M., Zuführungen an Reserve-, Versicherungs- und Erneuerungsfonds 2.243.000 M., Schuldendienst 50 Mill. M., Sonstiges 3 Mill. M., Rücklage und Unvorhergesehenes 312 Mill. M. Im ganzen betragen diese Ausgaben 4.819.678.000 M. Dazu kommen noch folgende Zuschüsse: an das Fürstentum 230 Mill. M., das Jugendamt 153 Mill. M., die Krankenkassen 590 Mill. M., die Straßenbahn 470 Mill. M., die D.C.B.-Bahnen 105 Mill. M., die Rhein-Haardt-Bahn 1.350.000 M., das Nationaltheater 541 Mill. M., die Genossenschaft (landwirtschaftliche Grundstücke, Wäldungen, Viehzuchtstationen) 8.320.000 M., die Bildervereinigung 24 Mill. M., Märkte und Wässa 1 Mill. M., den Kolonnen 10 Mill. M.

Ausgewiesen!

Ankunft von Familien ausgewiesener pfälzischer Zollbeamter in Mannheim.

Elf Familien von ausgewiesenen Zollbeamten aus Bruchmühlbach trafen gestern auf mehreren Postautos in Mannheim ein. Außer den Frauen befanden sich 17 Kinder im Alter von 8 Wochen bis etwa 15 Jahren unter den ausgewiesenen Familienangehörigen. Für die ganz kleinen Kinder mit ihren Müttern wie für mehrere Kranke war ein Kaiserlauterner Sanitätsauto zur Verfügung gestellt worden. Die Möbel der Ausgewiesenen sind zum größten Teil schon in Mannheim eingetroffen und konnten dank dem Entgegenkommen der Eisenbahnbetriebsinspektion Mannheim zum größten Teil noch Abends verladen werden.

Bei einem Empfangsabend im Hotel Union, wo die ausgewiesenen Familien untergebracht sind, begrüßte ein vor einiger Zeit Ausgewiesener seine Lebensgefährtin, unter denen sich auch einige der kürzlich aus Birnabens und Zweibrücken ausgewiesenen Einwohner befanden. Ein Vertreter des am Erscheinen verbindlichen Staatskommissars für die Pfalz sprach den Ausgewiesenen im Namen der bayerischen und Reichsregierung den herzlichsten Dank aus und bat sie, in ihrem neuen Wirkungskreis dafür zu sorgen, daß auch im rechtsrheinischen das Verhältnis für die Lage im besetzten Gebiet noch vertieft wird.

Die Ausgewiesenen reisen in den nächsten Tagen, soweit sie noch nicht in neue Dienststellen eingewiesen sind, nach Würzburg weiter, wo sie vorläufig ihre weitere Verwendung im Zoldienst abwarten.

oh. Mannheim in Sage und Geschichte. Im Verlag der Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, erschien in neuer Bearbeitung wie reich illustrierter Ausgabe und apertem Geschenkeinband das Heimatbuch „Mannheim in Sage und Geschichte“, vollständige Erzählungen von Gustav Wiedeler. Das Buch hat überall Anklang und ungeheuren Beifall gefunden und zählt zu den hervorragendsten Jugend- und Volksbüchern. Die Geschichte unserer Stadt ist reich an gewaltigen historischen Erinnerungen und Persönlichkeiten, die in dem Buche eine wirkungsvoll herausgearbeitete lebensvolle Darstellung erfahren. Das Buch gehört in jede Mannheimer Familie. Es ist eines der schönsten Festgeschenke zu Ostern, die überall Freude hervorrufen. Ebenfalls eignet es sich gleich vorzüglich zu Konfirmations- und Kommunionsgeschenken.

Die Getreideablieferung in Baden. Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Innern im Haushaltsausschuß des Landtages sind bis Ende Februar in Baden 69 Prozent des Umlagegetreides abgeliefert worden.

Osterverkehr. Mit Rücksicht auf die durch den Einbruch der Franzosen geschaffenen ersten Lage und insbesondere mit Rücksicht auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen die Reichsbahnverwaltung infolge der Besetzung des Ruhrgebietes, der bad. Rheinbahn und durch die Bahmliegung des Betriebes der badischen Hauptbahn zu kämpfen hat, können in diesem Jahr größere Vorrichtungen zur Bewältigung des Osterverkehrs nicht getroffen werden, namentlich kann die Ausführung von Entlastungsanlagen nur in beschränktem Umfang erfolgen. Es darf wohl angenommen werden, daß man dieser Zwangslage der Reichsbahn allerorts Rechnung trägt.

Diebstahlschrott. Entwendet wurden: in der Zeit vom 13. zum 14. März in einer Eisengießerei in Reckard ein lederner Schuhhelm und aus einem Lagerplatz 100 Zentner Koken; am 14. März abends im Nationaltheater ein grauer Herrenquimmantel und ein grauer Herrenanzug; am 14. März vor dem Haus O 3, 2 von einem Fuhrwerk von einer Güterbesitzerin eine Kiste mit zehn Paar gelben gemauelten Arbeitsschuhen; am 14. März in einem Laden in G 5 ein schwarzlederner Damenregenschirm mit vergoldetem Griff; vom 14. zum 15. März zwölf Litteralfüllrohre und Parkhotel einer Arbeiterfrau aus dem Hängeford eine alte fast wertlose handtastische mit etwa 8000 M. 5 Brotkruten, ein Kontobuch, ein Haushaltsbuch und eine Wochenzeitschrift „Mannheim-Neubach“; am 15. März aus dem Hauskur J 4, 2 eine Hinkantone mit Damenwäsche und Handtücher; am 15. März im Hauptbahnhof eine ältere schwarzlederne Brieftasche mit 70—80.000 M.; in der Nacht zum 15. März aus einem Keller in der Weipfirtstraße 50 eingeleitet Bier, mit irrdem Topf, 9—10 Flaschen Wein, 5 Flaschen Himbeerstoff, 5—6 Zentner Hartholz und einige Bündelholz.

Diebstahlschließungen Mannheim-Dormstadt. Der Kriminalpolizei Darmstadt gelang es, sowohl in Mannheim als auch in Dormstadt zahlreiche Diebstahle aufzuklären. Scheinbar handelt es sich, wie uns aus Darmstadt berichtet wird, um eine wohlorganisierte Bande, die ihre in Darmstadt gemachte Beute in Mannheim und umgekehrt absetzte. Die Angelegenheit ist noch nicht vollständig abgeklärt und dürfte noch weiteres Licht in bisher unauflösliche Fälle bringen.

Advertisement for Frühjahrs-Anzüge (Spring Suits) by Engelhorn & Sturm. It features a drawing of a man in a suit and lists various price points: m. 120.000, m. 150.000, m. 180.000, m. 250.000. The text includes 'Preiswerte Frühjahrs-Anzüge' and 'Engelhorn & Sturm O 5, 4-6'. There is also a small 'S 2' mark at the bottom right.

Handel und Industrie

Dividendenzahlung in Dollarschatzanweisungen

Ueber die gestrige Aufsichtsratssitzung der Oberschlesischen Koks-Werke und Chemischen Fabriken A.-G. wird gemeldet:

Für 1922 ist die Ausschüttung einer Dividende von 400%, die etwa dem zweihundertsten Teil der Friedensdividende entspricht, in Vorschlag gebracht (30%). Hierbei wird den Aktionären freigestellt, daß anstelle des auf je 25 Stück Dividendenscheine der Stammaptien entfallenden Barbetrags gegen Einreichung bis 23. April eine Fünfdollarschatzanweisung des Deutschen Reichs gefordert werden kann. Dem Fonds für soziale Zwecke sollen etwa 110 Mill. M. überwiesen werden.

Da das Aktienkapital von Oberkoks 100 Mill. M. beträgt, eingeteilt in 100.000 Aktien, erfordert diese Ausschüttung rund 20.000 Dollars Reichsschatzanweisungen, die durch diese Verwendung als Zahlungsmittel an die Stelle der Papiermark treten.

Goldrechnungen

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelslages beschäftigte sich mit der immer dringender werdenden Schaffung einer wertbeständigen Rechnungseinheit für das deutsche Wirtschaftsleben, insbesondere mit der Festmarkbilanzierung und der Einführung eines Goldgiroverkehrs. Dabei wurde eine Ermächtigung der Regierung, die gesetzlichen Vorschriften über die Bilanzierung durch Verordnung zu ändern, abgelehnt und hierfür ein Gesetz für nötig gehalten. Ein Bedürfnis, die Mindestbeiträge von Aktien, die Ausgabebestimmungen für Aktien und die Zulassung zum Börsenhandel gesetzlich oder gar durch Verordnung zu regeln, wurde als nicht vorliegend bezeichnet. Eine Ermächtigung der Gewerbetreibenden, nach den von Schmalenbach empfohlenen Regeln Goldmarkbilanzen aufzumachen, wurde für zweckmäßig erachtet. Dabei dürfte jedoch das Nominalkapital, soweit es in Papiermark eingezahlt ist, nach Umwertung der Aktien und Schulden in Goldmark, nicht von dieser Umrechnung ausgeschlossen werden, wie Schmalenbach das vorschlägt. Dagegen wurde es abgelehnt, nach dem 31. Dezember 1926 die Festmarkbilanzierung obligatorisch zu machen, weil erst mit der fakultativen Einführung der Goldrechnung Erfahrungen gesammelt werden müßten. Ebenso wenig können die Zulassungsstellen berechtigt werden, schon vor diesem Termin die Zulassung von Aktien und Schuldverschreibungen von der Durchführung der Goldmarkrechnung in dem betreffenden Unternehmen abhängig zu machen.

Es wurde ferner bezweifelt, ob ein für alle gewerblichen Zweige passender Index aufzufinden sei. Die Ziffernreihe verschiedener Indexziffern für die einzelnen Gewerbezweige wurde als ungewickelt abgelehnt. Als brauchbarer Weg zur Errechnung des Goldwertes der Mark wurde empfohlen, die Papiermark auf Grund der Friedensparität nach ihrem Verhältnis zu der jeweils höchstwertigen Goldwährung umzurechnen.

Den Folgen allgemeiner Goldmarkbilanzierung für das Steuerwesen wurde die Steuergeheimhaltung Rechnung getragen.

Unabhängig von der fakultativen Einführung von Goldmarkbilanzen wurde es als ein berechtigtes Bedürfnis des Wirtschaftslebens bezeichnet, daß Goldgirokonten bei den Banken eingerichtet werden. Hindernisse, die etwa in der Devisenordnung hiergegen bestehen, sollten durch deren Aenderung beseitigt werden.

Geltendmachung von Russenschäden und Gewaltschäden

Der Termin für die Geltendmachung von Ansprüchen aus dem Verdrängungsschadengesetz (Reichsgesetz. 1921 S. 1021), dem Kolonialschadengesetz (Reichsgesetz. 1921 S. 1031) und dem Auslandsschadengesetz (Reichsgesetz. 1921 S. 1038) läuft am 31. d. M. ab. Die Interessenten werden daher vor Ablauf des genannten Termins die bei dem Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen und dem Bund der Auslandsdeutschen erhältlichen Formulare auszufüllen und bei einer der Interessenvertretungen einzureichen haben. Sowohl das Verdrängungs-, wie auch das Kolonial- und Auslandsschadengesetz haben im übrigen durch Gesetz vom 20. 11. 1922 (Reichsgesetz. 1922 S. 888) zum Teil nicht unwesentliche Veränderungen erfahren, deren Kenntnis für die Geschädigten gleichfalls notwendig sein dürfte. Besonders beachtenswert ist der § 20 des Auslandsschadengesetzes, welcher die sogenannten Russenschäden behandelt.

Nur die Liquidationsschäden in Rußland und die Gewaltschäden in anderen Ländern werden jetzt im endgültigen Verfahren abgehandelt, während die Liquidationsschäden im übrigen feindlichen Ausland noch nicht geregelt sind. Den durch Russenschäden betroffenen Reichsdeutschen wird für die Entziehung oder Beeinträchtigung von Sachen eine Beihilfe gewährt, wenn die schädigenden Maßnahmen Kriegsmaßnahmen russischer Behörden waren und die Maßnahmen auf d. Deutschland d. Betroffenen zurückzuführen sind. Außer der Entschädigung für Sachschäden wird für den Verlust oder die Beeinträchtigung von anderen Gegenständen gleichfalls eine Beihilfe gewährt, wenn neben den anderen Voraussetzungen für eine Entschädigung die Kriegsmaßnahmen zu einer Vertreibung des Reichsangehörigen geführt haben und seine Familien- und Vermögensverhältnisse eine Beihilfe erforderlich machen.

Zu den Sachschäden gehören auch diejenigen Schäden, welche durch Entziehung von Aktien russischer Gesellschaften entstanden sind. Als schädigende Kriegsmaßnahmen wird hierbei das russische Zahlungsverbot vom Dezember 1914 anzusehen sein. Bei Anmeldung dieser Wertpapierschäden sind aber Bestimmungen des § 265 F.V. sowie die entsprechenden Bekanntmachungen des Reichsministeriums für Wiederaufbau nicht außer acht zu lassen.

Vorkriegsguthaben bei russischen Banken sind in der Regel nicht anzumelden. Für ihren Verlust würde eine Beihilfe nur bei gleichzeitiger Vertreibung und schwerer Vermögensverluste des Geschädigten gewährt werden.

Die Frachtbogen, sowie das vom Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen herausgegebene Merkblatt werden wohl manche Zweifelsfragen klären. Immerhin ist es in Zweifelsfällen empfehlenswert, die Anmeldung auf alle Schäden auszuweiten, welche in den Rahmen der eingangs erwähnten Entschädigungsgesetze hineinpassen.

Holländische Wünsche für den Versand deutscher Güter \* Amsterdam, 19. März. Da infolge der Besetzung des Ruhrgebietes über die Grenzstationen Emmerich, Kronenburg, Venlo, Dalheim, Herzogenrath und Aachen keine Güter versandt werden können, ist der Güterverkehr nach und von Deutschland auf den übrigen Grenzstationen außerordentlich angewachsen. Um Aufenthalt an den Grenzstationen zu vermeiden und die regelmäßige Beförderung von Gütern zu sichern, fordert die holländische Eisenbahndirektion die Absender von Waren in Deutschland auf, die nach Holland bestimmten Güter mit internationalen Frachtbriefen direkt nach dem endgültigen holländischen Bestimmungsort durchzusenden.

Die Königin von Schweden bestohlen. Die augenblicklich in Reapel weilende Königin von Schweden erlitt bei der Vollziehung der Hinrichtung. Ihre wurden sechs wertvolle Hüte mit kostbaren Federn bestohlen.

Englischer Dampfer mit 31 Personen gesunken. Der britische Dampfer „Rance“ ist infolge Zusammenstoßes mit einem spanischen Dampfer auf der Fahrt nach Singapur gesunken. 31 Personen fanden den Tod.

Sportliche Rundschau

Glänzende Sportverhältnisse im Schwarzwald

Am ganzen Zug des Schwarzwaldes liegen zurzeit die Schneeverhältnisse und Temperaturgrade derartig günstig, daß man im ungetrübtesten Sinn von glänzenden Sportbahnen sprechen kann. Schneemengen, die Beschaffenheit und die Beschneidung sind von einem Ausmaß, wie man sie selbst in den letzten Jahren mitten im Winter nicht gehabt hat und auch diesen Winter, der mit seinen raschen und gründlichen Wetterstürzen und Schneeeinbrüchen ziemlich an der Spitze der für den Wintersport unerwünschten Kurve steht, vermied hat. Nachdem sich im Februar die Temperaturschwankungen nach bis in die höchsten Lagen des Schwarzwaldes erstreckt und auch dort zeitweise Niederschläge in Form von Regen gebracht hatten, ist seit ungefähr vier Wochen ein langsames Abfallen der Temperatur zu beobachten, die zwar keine großen Kältegrade, aber doch eine Steilheit der Temperaturen unter Null erreichte. Die Kälte hielt sich seitdem dauernd und erreichte maximal bisher sechs bis sieben Grad, wobei auch der überwiegend ruhige Charakter des Wetters hervorzuheben werden muß. Schneeflächen von der Festigkeit früherer Jahre haben es in diesem Winter nur zu Anfang gebracht. Aus dieser Wetterlage heraus haben sich in den letzten Wochen alle Niederschläge in Form von Schnee abgeleitet, so daß die Schneedecke in den Höhen nicht nur fest gewachsen ist, sondern auch in niederen Lagen, neuerdings bis 600 Meter herunter mit dem zunehmenden Frost, eine brauchbare Neuschneedecke auf teilweise alter Grundlage abgedeckt hat. Da weiterhin sich die Sonnenbestrahlung durch heiteres Wetter fehlt, hat der Schnee nicht unter Verfestigung zu leiden gehabt, so daß die ganze Zeit hindurch geradezu ideale Stadien herrscht. Auf der durch den Regen und Schnee ganz abgelehten und verfestigten Schlittenstrecke ruht der Neuschnee in seiner Pulverform und einer Höhe von 10 bis 30 cm und bietet für Schlittschuhlaufende Ausflüchte. Auf den höchsten Gipfeln des Schwarzwaldes ist die größte Schneehöhe seit Jahren erreicht, sie beträgt am Feldberg mehr als 2,50 Meter. Im mittleren Schwarzwald liegen auf den Höhen der Brend- und der Martinskapelle 1,70-2,00 Meter, teilweise darüber, weiter östlich in dem Gebiet Schönwald-Trüben wird noch eine Höhe von anderthalb Metern erreicht, die auch im nördlichen Schwarzwald als Mittelmaß bezeichnet werden kann. Das Schöne ist, daß die Schneegrenze sich nach unten verschoben hat, so daß auch das Touristfahren mit Reusen tiefer Täler eine volle Befriedigung bietet, weil die Täler eben nur ganz wenig freie Stellen aufweisen. Wenn sich die Verhältnisse so fortsetzen, kann für die Ostsee ein ausgereicherter Sport erwartet werden, der vielfach die Tage von Weihnachten und von der Zeit der großen Verbrennungen weit übersteigt.

Stützpunktleistungen im Schwarzwald

Die Sprunghügelstrecke am Feldberg im Schwarzwald, die schon seit geraumer Zeit der Stützpunkt für die einwandfreie Landessportbewegung ist, ist dieses Jahr durch die einwandfreie scharfe Aufwärtseingliederung im Schwarzwald Sport mehr denn je im Vordergrund des sportlichen Interesses, weil die erzielbaren Sprunghöhen von den Springern immer mehr als ungenügend empfunden werden. Die Verhältnisse, welche durch einen steileren Hügel am Feldberg herbeigeführt worden, haben bis jetzt keinen diebenden Erfolg vertragen, weil er zu weit vom Feldberg entfernt und am freien Hang allem Ansehen nach ungeeignet liegt. Der alte Waldhügel hat sich bisher noch als die beste Anlage erwiesen, die durch entsprechende Verbesserungen weitergehenden Wünschen gerecht gemacht werden kann. Es dürfte nun interessieren, daß von der aktiven Abteilung der Stützpunkt Feldberg, die in der letzten Zeit mit ihren Springern ständig am Leben ist, die Sprunghügelanlage am Feldberg einer Veränderung in der genannten Richtung unterzogen worden ist, die sich bei dem Osterfestspielen schon auswirkte. Es konnten die Durchschlittsprunghöhen, die sich am Feldberghügel so um 28-30 Meter bewegten, bereits auf 34-36 Meter erhöht werden. Die weitesten in diesen Tagen anlässlich dieses Trainings erzielten Sprunghöhen stellen sich auf 38 Meter. Es handelt sich bei den Springern um einheimliche Kräfte, an deren Leistungen schon der wieder beginnende Aufschwung erkennbar wurde.

Pferderennen

Verderben in Frankfurt a. M. Der Frankfurter Rennklub verdrängt seine Proprietäten für die Frühjahrsrennen am 18., 19. und 22. April. Für das an allen drei Tagen gemildete Programm werden insgesamt 2.740.000 Mark ausgesetzt. Im Mittelpunkt der Ereignisse stehen der Frankfurter Frühjahrspreis für Dreijährige über 1200 Meter, der Preis von Wünchen für dreijährige und ältere Pferde über 1400 Meter und der Frankfurter Frühjahrspreis für vierjährige und ältere Pferde über 2000 Meter, die mit je 1.600.000 Mark ausgesetzt sind.

Rennen im besetzten Gebiet. Der Rennbeginn in Westdeutschland soll nun doch programmäßig vor sich gehen. Das Kartell westdeutscher Rennvereine und der Verein westdeutscher Rennstallbesitzer haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft unter dem Vorsitz von Freiherrn S. v. Oppenheim zusammengeschlossen. Ein aus Vereinen dieser Körperschaften zusammengesetzter Ausschuss wurde mit der Durchführung der Rennen beauftragt. Die neue Saison soll am 2. Osterfesttag in Köln eingeleitet werden. Der nächste Sonntag in Köln ist der 5. April, wo die alljährliche Hauptnummer, das Kölner Frühjahrs-Ghandicap gefahren wird. Es folgen Reuß am 18. und 22. April, Kreisel am 29. April und 6. Mai. Für Düsseldorf sind der 10. und 13. Mai in Aussicht genommen.

Flugsport

Heber Abflugstellung. Am 11. März veranstaltete der Bad-Pfälzische Luftfahrerverein, gemeinsam mit der Akademischen Fliegergruppe Darmstadt, im Vertragssaal des Uniontheaters in Mannheim einen ausgedehnten Filmvortrag über den Abflugstellung 1922. Durch die Macht der Verhältnisse konnte die Veranstaltung insofern nicht den geplanten Verlauf nehmen, als von vier angelegten Filmen nur zwei vorzusehen; aus diesem Grunde hat die Leitung des Bad-Pfälzischen Luftfahrervereins beschlossen, den Vortrag in nächster Zeit zu wiederholen. Herr Thomas, von der Akademischen Fliegergruppe Darmstadt, hielt zu Eingang der Veranstaltung einen Vortrag über die Entwicklung des Fliegens und über die Abflugstellung 1922. Der Redner schilderte durch allgemein verständliche Darstellungen und wissenschaftliche Grundbegriffe seine Führer. Der Vortrag nahm einen sehr befriedigenden Verlauf, so daß in die aufgelegte Liste 20 Interessenten als neue Mitglieder eingetragen wurden. Der Reinertrag der Veranstaltung wurde hälftig für die weitere Entwicklung des Fliegens und zum Teil für die Bekämpfung der Luftschiffe abgeführt. Der Bad-Pfälzische Luftfahrerverein fördert sämtliche Interessenten und Konstruktoren des Fliegens auf, mit vereinten Kräften erfolgreich am dem Abflugstellung teilzunehmen und zu unterstützen.

Wasserstandesbeobachtungen im Monat März

Table with 2 columns: Station/Beob. and values for days 11-20. Includes data for Mannheim and Karlsruhe.

Mannheimer Wetterbericht v. 20. März morgens 7 Uhr

Barometer: 756,7 mm. Thermometer: 1,0 C. Niederschlags-Temperatur: 0,0 C. Relative Temperatur: 11,0 C. Niederschlag: 0,0 Liter.

Das Fest der silbernen Hochzeit feiern am morgigen Mittwoch Reichard, Heber und seine Verwandten im Mannheimer Hotel.

Die Stare spielen sich schon im Wintergarten in einer großen Zahl. Heberhaupt ist es in den letzten Tagen in der Vogelwelt wieder geworden und mancher Zugvogel ist wieder auf seinen alten Flug zurückgekehrt. In der Natur macht sich allenthalben der Frühling bemerkbar. Vereinzelt schimmert im Walde schon das grüne Grün der Buchen. Nach den Regentagen ist auch auf den Feldern verfrühtes Wachstum eingetreten. Besonders auffallend ist die schnelle Zunahme der Linsen. Die Linsenscheibe wähet fast 12 Stunden. Das höchste Vordringen des jungen Linsens ist nicht aufzuhalten. In den höchsten Anlagen hört man schon in den frühesten Morgenstunden den Knurren des Linsens. Heberhaupt bietet ein Spaziergang in den Morgenstunden einen herrlichen Genuss. Der Wintersport ist bei dem schönen Wetter am Sonntag wieder im vollen Gange. So war z. B. der Radfahrerverkehr am vergangenen Sonntag im Waldpark außerordentlich lebhaft. Auch in den späteren Nachmittagsstunden der Nachmittage wird der Waldpark von den Radfahrern gerne aufgesucht. Das Rau und weh der ersten Frühjahrsblumen, der Anemone wie der Schneeglöckchen, nehmen sich allenthalben in dem dunkeln Grün des Waldparks aus.

Veranstaltungen

Theaternachricht. Die musikalische Komödie „Das Rosenkätzchen“ von Julius Pflüger wird morgen Mittwoch in der Bestimmung der Uraufführung in Anwesenheit des Dichters komponisten ebenfalls wiederholt.

Volkstanzabend. In dem Bericht über den sonntäglichen Volkstanzabend im Waldpark ist nachzutragen, daß bei der Feste die Halle unter großem Beifall das Königlich Preussische Musikorchester abgab.

Anna Wintner, die am Mittwoch, den 21. März, im Besetzungsbüro einen eigenen Tanzabend veranstalten wird, hat durch eine Reihe von auswärtigen Tanzabenden starke Aufmerksamkeit erregt; so konnte sie in Rudolstadt, in Lehr, im Stadttheater Weidlinghausen u. a. Orten. Kritiken belogen von ihr u. a. folgendes: „Ihre Tänze sind unbestreitbar Würde, feierliche Gemächtheit.“ Anna Wintner verleiht es, den Tanz seiner Bestimmung zurückzugeben. Sie ist es, die anerschlossene Personensätze so demütig verhalten, wie sie hinreichend sinnlich überflüssig durchschleichen, Bewegung und Linie so beglückend austauschen. Den Tänzen voran werden Gefühlsbilder gehen. Wieder aus dem Manuskript von Richard Wintner, einem jungen Weimarer Komponisten. Fred Wintner, Berlin, lebt 3 St. in Jena.

Schlichtung und Unterschlagungen

Der Chauffeur Albert Horbach aus Heilbronn bei Bruchsal hatte sich alsbald nach der Besetzung der Pfalz durch die Franzosen auf eine einträgliche Schwindelgeschäfte verlegt. Er behauptete, durch gute Beziehungen zu französischen Offizieren in der Lage zu sein, Luxus und anderen Luxusbedarf zu billigen Preisen liefern zu können. Eine Frankfurter Gesellschaft gab ihm auf seine Vorpostulungen hin 75.000 Mark, eine damals noch recht namhafte Summe, womit er dann in der Gegend von Wolfsthal und Rappenaub ein paar Wochen lang lebte, indem er sich als Ingenieur und ehe-maligen Fliegerlehrer ausgab. Wegen schändlicher fauler Geschäfte hatte er mit einer Reihe anderer Auftraggeber Differenzen, wußte aber den Streitpunkt stets ins Geheiß des Zivilrechts zu lenken, bis man ihn in München anders anfocht und ihn auf drei Jahre ins Gefängnis schickte. Nun hatte er sich vor der Mannheimer Strafkammer wegen der Sache mit den Frankfurtern zu verantworten. Er behauptete, seine französischen Verbindungen hätten ihm im Stich gelassen. Zum Beweise für das Behauptete hatte er zweimal nach Rappenaub geschickt und jedesmal erfolgte auch Antwort. Insbesondere erregte diese Beweismittel Verdacht, der durch einen sachverständigen Professor bestätigt wurde. Dieser erklärte, die Briefe seien nicht von einem Franzosen geschrieben, sie wiesen zu viele Fehler auf. Der Bericht gewann auch die Überzeugung, daß das ganze Angebot des Angeklagten, auch seine Korrespondenz auf Schwindel beruhe und verurteilte ihn mit Einfluß der Münchener Strafe zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren Gefängnis.

Als Ausschleusbesitzer auf dem Besorgungsbüro unterrichtig der Mannheimer Hotelkette in den Jahren 1921 und 1922 Vorpostulungen in Höhe von zusammen 145.000 Mark. Das Risiko ist wieder völlig gedeckt. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis.

Mittel-Märder

Freiburg, 17. März. Am 18. November verschwand aus dem Hof der Chirurgischen Klinik der mit 20.000 M. bewertete Lebermonat eines Studenten. Der Bestohlene hielt auf den Straßen häufig nach dem abhanden gekommenen Lebermonat Ausschau, und so gelang es ihm, den Leberziehermarder in der Person eines hiesigen Hotelbesizers, des 27jährigen Emil Schneider aus München festzustellen, der wegen Diebstahls schon fünfmal hinter den schwebenden Vorhängen gefangen hat. Als er sich erbot, sich, mußte der gerichtlich bekannte große Unbekannte herhalten, von dem Schneider den Mantel gekauft haben wollte. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und zu drei Jahren Ehrverlust.

Neues aus aller Welt

Das Ende einer tausendjährigen Eibe. Die große Königs-Eibe im Reichswald, einer Voranlage im Westen der Stadt Leipzig, ist plötzlich zusammengebrochen. Der Baum, dessen Alter von Forstleuten auf rund 1000 Jahre geschätzt wird, hat schon zur Geburtszeit Leipzigs gestanden. Die Eibe war von ganz ungewöhnlichem Ausmaß, so daß sie nicht selten von auswärtigen Fremden aufgesucht wurde, die sich das Naturdenkmal anschauen. Nach dem Brechen der Eibe wurden die Leipziger Bürger ihre Besichtigungen unter der Eibe abzuhalten. Allerschwerste, fortwährendes Notfälle, wor die Ursache, daß der Baum sehr mit gewaltigen Kräfte zusammenstürzte. Im Wiederfall ist er noch einige kleinere Bäume und einen Zweig mit um. Die Königs-Eibe war 38 Meter hoch, sie hatte einen Durchmesser von 2 1/2 Metern und einen Umfang von 9 1/2 Metern. Die belaubte Krone soll 90 Meter umfaßt haben. Das gesamte Gewicht des Holzes wird auf 2000 Zentner geschätzt.

Zum Tode verurteilt. Der Arbeiter Gustav, der am 1. Februar den Arbeiter August Dombrowski ermordet und beraubt hatte, wurde vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Schwerin verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Schloßermeister Schwarz aus Baitzen wegen Mordes zum Tode. Schwarz hatte in der Dörfelstraße in der Chaussee-Brücke und die große Mutter der Ehefrau ermordet.

Der taube Schöffe. Aus einem eigenartigen Grunde, welcher die mangelnde Sorgfalt bei der Auswahl der Schöffen erkennen läßt, erlitt in Berlin eine Verhandlung vor dem Schöffengericht eine längere Verzögerung. Bei der Vernehmung eines Schöffen stellte sich heraus, daß dieser fast taub war und kaum die ihm vorgelesenen Worte des Richters, geschweige die laut im Verhandlungssaal gesprochenen Worte verstehen konnte. Da der Richter es ablehnte, mit einem derartig tauben Schöffen zu verhandeln, mußte der Beginn der Verhandlung auf längere Zeit ausgesetzt werden, bis es gelang, einen fähigen Schöffen heranzubekommen.

Neue Methoden bei postiver Keilstein. Wenden die deutsche Herrschenden Volk, Telegraphen und Telephonangehörigen an, die Montag früh um 6 Uhr in postive Richtung getreten sind, weil ihnen die Eisenbahnverbindungen entzogen wurden. Der „Kampfschiff“ hat bestimmte Vorkehrungen ausgesprochen, die in erster Linie das Publikum interessieren wird. Danach ist jedes Haus zu vermerken. Die Dienstvorschriften sind genaustens einzuhalten. Ferner soll in erdgebender Weise Auskunft gegeben werden. Die Besondere sind auf beiden Seiten zu betrachten. Bei der Vernehmung der Schöffen ist in alle Verleumdungen „Einsicht zu nehmen“. Jede Beschlusse soll wachsam genau darauf geprüft werden, ob Hausnummer, Stadtname und Türnummer auf den Urteilen angegeben sind. Damit ist die Reihe der Bestimmungen, die den Anwesenden zu ihrem früheren Recht und Freie Schöffenbestimmung führen.

10% Anleihe der Stadt Aachen. Die Stadt Aachen legt eine mit 10% verzinsliche Anleihe von 150 Mill. M bis zum 10. April — früherer Zeichnungsschluss vorbehalten — zu 90% zur Zeichnung auf. Nach der Veröffentlichung im Anzeigenteil sind Zeichnungsstellen in Mannheim: die Dresdner Bank, Darmstädter- und Nationalbank, Rheinische Creditbank und Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Schneider & Co., A.-G. in Heidelberg-Kirchheim, Fabrik elektrotechnischer Spezialartikel. In der G.V. waren 1500 Vorkzugsaktien und 1087 Stammaktien vertreten. Das erste Geschäftsjahr erbrachte einen Reingewinn von 1.473.890 M, wovon auf das alte Aktienkapital von 4.500.000 M eine Dividende von 75% zur Verteilung gelangt. Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden steckt in den mit 67.776.767 M ausgewiesenen Warenvorräten eine starke stille Reserve. Durch bauliche Umänderungen wurde die Nutzungsfläche der Fabrikräume verdoppelt und durch Erweiterung des Maschinenparks die Gesellschaft in den Stand gesetzt, den größten Teil der bisher von anderer Seite bezogenen Halbfabrikate selbst herzustellen. Die Gesellschaft ist mit genügenden Aufträgen zurzeit versehen. Die Versammlung beschloß die Erhöhung des bisherigen Aktienkapitals von 13.500.000 M auf 25.000.000 M und zwar durch Ausgabe von 10.000.000 M Stamm- und 1 1/2 Mill. M Vorkzugsaktien. Die Aktien werden von dem Bankhause Schwab, Noelle & Co. in Essen übernommen. Den Stammaktionären wird ein Bezugsrecht in der Weise angeboten, daß auf 2 alte Aktien 1 junge Aktie zum Kurse von 3000% bezogen werden kann. Die neu zu schaffenden Vorkzugsaktien gehen in die Hände der bisherigen Vorkzugsaktionäre über. Neu in den Aufsichtsrat wurde Rittergutsbesitzer A. Kiepert in Berlin-Marienfelde gewählt.

Mitteuropäisches Glühlampen-Syndikat A.-G. in München. Unter obiger Firma wurde eine neue Aktiengesellschaft gegründet, die mit der Dr. Just-Glühlampen A.-G. in Budapest in enger Verbindung stehen soll. Hierzu schreibt uns die Osram G. m. b. H., K.-G., Berlin (d. a. die Vereinigung der Glühlampen-Fabriken, der A.-G., der Auergesellschaft und der Siemens & Halske A.-G.): Gegen die Dr. Just-Glühlampen A.-G. in Budapest sind bereits vonseiten der Inhaber der bekannten Glühlampenpatente wegen Verletzung dieser Patente in Ungarn Verfahren eingeleitet. Just hat versucht, die Patente durch Nichtigkeitsklagen zu Fall zu bringen. Das ungarische Patentamt hat jedoch die Klagen abgewiesen. Gegen die deutsche Gesellschaft wird in Deutschland wegen Patentverletzung vorgegangen werden, sobald sie eine Lampe nach dem Just'schen Verfahren auf den Markt bringt. Hinsichtlich der deutschen Patente liegen bereits den Entscheidungen des ungarischen Patentamtes analoge Entscheidungen und zwar auch seitens des Reichsgerichtes vor. Ihre Rechtsbeständigkeit ist wiederholt geprüft worden und steht endgültig fest.

Badische Eisenbahnschuld. Sämtliche Reichsbankanstalten und die Finanzklassen des Reichs im gesamten Reichsgebiet wirken von jetzt an am Dienst der auf das Reich übernommenen badischen Eisenbahnschuld mit Einlösung von Zinsscheinen, Zahlung von Schuldzinsen, Ausreichung neuer Zinsscheinebogen, Annahme von Anträgen für das Schuldbuch, Ausreichung von Lösungsstücken für Schuldbuchforderungen, Einlösung fällig gewordener oder ausgeloster Schuldurkunden.

Börsenberichte

Mannheimer Aktienbörse

Mannheim, 19. März. An der heutigen Börse entwickelte sich lebhaftes Geschäft in Anleihen zu Kursen von 22000% und zu 21500%, ferner in Westeregeln zu 35000%, in Benz zu 13000%, Waggonfabrik Fuchs zu 13000%, Karlsruher Maschinenbau zu 12500%, Braun Konserven zu 6000%, Mannheimer Gummi zu 15500%, Neckarsulmer zu 11000%, Rhein-Elektra zu 9000%, Unionwerke zu 12000%, Freiburger Ziegelwerke zu 7500%, Wayss u. Freytag zu 3500%, Zellstofffabrik Waldhof zu 19000%, Zuckerfabrik Frankenthal zu 10000% und in Zuckerfabrik Waghäusel zu 10500%. Von Bankaktien wurden Rheinische Creditbank zu 4300% und Süddeutsche Disconto zu 7100% gehandelt.

Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt, 20. März. Es notierten am hiesigen Platz (alles Mittelkurse): New York 20901 (20750), Holland 6250 (6235), London 93000 (93000), Schweiz 3375 (3375), Paris — (—), Brüssel — (—), Italien 1015 (1010), Prag 620 (620).

Tendenzen: Unverändert geschäftlos. New York, 19. März (W3) Devisen. Frankreich 17 1/2, Belgien 17 1/2, Schweiz 18 1/2, England 4 6/8, Spanien 18 1/2, Italien 4 1/2, Portugal 18 1/2.

New York, 19. März. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0.0018 (0.0018) Cents. Dies entspricht einem Kurs von 20 833 (20 833) M für den Dollar.

Waren und Märkte

Metalle. (Wochenbericht der Deutschen Metallhandlung A.-G.) Berlin-Oberschöneweide, 16. März. Infolge des seit mehreren Wochen unverändert gebliebenen Devisenmarktes tritt die Tendenz des Weltmarktes am deutschen Metallmarkt zurzeit immer stärker in den Vordergrund. Die Preisschwankungen, die am deutschen Metallmarkt in der letzten Woche zu verzeichnen gewesen sind, haben denn auch in erster Linie ihre Ursache in der Veränderung der Metallpreise an der Londoner und New Yorker Börse. In London hatte besonders Zinn stark steigende Tendenz aufzuweisen und erzielte im Laufe der Woche eine Preisbesserung von etwa 20 Lstr. per engl. Tonne. Auch Kupfer ist nach vorübergehender Abschwächung wieder wesentlich fester, sodaß der Preis an der Londoner Metallbörse heute etwa 1 Pfund höher notiert wird als vor 8 Tagen, ebenso hat Zink etwa 1 Pfund per engl. Tonne im Preise angezogen und nur Blei hat eine Abschwächung von etwa 1/2 Pfund per engl. Tonne aufzuweisen. Das Metallgeschäft in Deutschland ist augenblicklich sehr ruhig. Der Konsum ist nur mäßig mit Aufträgen versehen und kauft infolge der ungewissen innen- und außenpolitischen Lage nur das allernotwendigste. Auch der Allmetallmarkt ist sehr still. Die Preise bewegen sich ziemlich parallel den Neumetallpreisen. Das Angebot in Almetallen ist zurzeit ebenfalls nur gering, sodaß größere Angebote trotz der stillen Tendenz nicht zu verzeichnen waren. Für Almetalle kommen für den Konsum ungefähr folgende Preise für handelsübliche Tiegelrechte Ware in Betracht: Schwerekupfer 7000—7200 M, Schwermessing 4700—4800 M, Maschinenrotguss 5600—5700 M, alles per kg.

Von den badischen Viehmärkten. Engen (Baden). Schweinemarkt. Dem Markt waren lediglich Milchschweine in einer Zahl von 48 Stück zugelassen, von denen bei schleppendem Handel nur drei Viertel abgesetzt werden konnten. Der Preis für das Paar stellte sich auf 187—210 000 M. Haselach (Kinzigtal). Schweinemarkt. Der Zutrieb bestand nur aus 102 Ferkeln. Das Paar stellte sich auf 120—160 000 M. Der Marktverlauf war gut. Wolfach (Kinzigtal). Schweinemarkt. Der Zutrieb belief sich auf 18 Ferkel. Läufer waren nicht aufgefunden. Der Preis stellte sich für das Paar auf 120—170 000 M bei flauem Geschäftsgang. Donaueschingen. Pferdemarkt. Die Anfuhr belief sich auf 146 Pferde, darunter 18 von Händlerseite. Die Preise schwankten zwischen 1000 000—12 000 000 M. Der Marktverlauf war sehr flau. Schramberg. Rindermarkt. Von einem Auftrieb von zwölf Tieren wurde bei ganz stillem Verkehr nur ein Stück verkauft, für das 1 400 000 M erlost wurden.

Berliner Metallbörse vom 19. März

Table with columns for metal types (Aluminum, Copper, Zinc, etc.) and prices in Mark for 1 kg. Includes sub-tables for London and New York.

Amerikanischer Funkmarkt

Table showing American market prices for various commodities like coffee, sugar, and oil, with columns for item names and prices.

Table showing Chicago market prices for various commodities like wheat, corn, and oil, with columns for item names and prices.

Verantwortl. Drucker und Verleger: Dr. Carl D. Dorn, Mannheim. General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, K. 4 2. Direction: Ferdinand Dorn — Ueberwachen: Kurt Böhrer. Verantwortl. für den schriftlichen und telegraphischen Teil: Kurt Böhrer; für den heimischen und auswärtigen Teil: Kurt Böhrer, Richard Schönlender; für Gesichts- und Sport: Willi Müller; für Handelsnachrichten, Befehle und den übrigen redaktionellen Inhalt: Franz Rindler; für Anzeigen: Kurt Böhrer.

Large advertisement for 'KRAMP Webwaren Massen-Konsum D 3.7'. Features 'Tausende Meter Waschstoffe für die Konsumenten!' and lists various fabric types and prices like 'Wasch-Musseline 2400', 'Waschkrépp 2800', etc.

Large advertisement for 'KANDER Mannheim' featuring a wide variety of household goods. Categories include 'Glaswaren', 'Steingut', 'Porzellan', 'Emaille', and 'Küchengeräte'. Lists items like 'Kampottschalen', 'Spisesteller', 'Kuchenteller', etc. with prices.

